

Franz Preißler

Großmachtpolitik oder Wahlagitation?

Russlands Außenpolitik in den Jahren 2007/2008

Potsdamer Textbücher

Bisher erschienen:

PTB 1: Regionen in der Europäischen Union

PTB 2: Polen – Staat und Gesellschaft

PTB 3: Naher Osten – Politik und Gesellschaft

PTB 4: Totalitäre und autoritäre Regime

PTB 5: Kommunale Selbstverwaltung

PTB 6: Die verschwundene Diplomatie

PTB 7: Recht in der Transformation

PTB 8: Das moderne Polen

PTB 9: Making Civil Societies Work



Bestellungen unter
www.welttrends.de
und beim Universitäts-
verlag Potsdam:
ubpub@uni-potsdam.de

Potsdamer Textbücher

PTB

Juan J. Linz

Totalitäre und autoritäre
Regime

Berliner Debatte
Wissenschaftsverlag

www.welttrends.de

WeltTrends-Papiere | 7

Großmachtpolitik oder Wahlagitation?

Russlands Außenpolitik in den Jahren 2007/2008

von Franz Preißler

Universitätsverlag Potsdam 2007

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

WeltTrends-Papiere
ISSN 1864-0656

Die Reihe wird herausgegeben von Azadeh Zamirad, M.A.,
Universität Potsdam, im Auftrag von WeltTrends e.V.

Band 7 (2007)
Großmachtpolitik oder Wahlagitation? Russlands Außenpolitik in den Jahren 2007/2008
ISBN 978-3-940793-05-8

Satz: Martin Anselm Meyerhoff
Lektorat: Enrico Wagner
Druck: Audiovisuelles Zentrum der Universität Potsdam
Vertrieb: Universitätsverlag Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
Fon +49 (0) 331 977 4517 / Fax 4625, e-mail: ubpub@uni-potsdam.de,
<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

© 2007 WeltTrends e.V.

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Es darf ohne vorherige Genehmigung der Herausgeber nicht vervielfältigt werden.

Preis: 5 €

Bestellung: bestellung@welttrends.de oder ubpub@uni-potsdam.de

Inhalt

1. Einleitung	4
2. Wahlen und Außenpolitik in Russland seit dem Jahr 1993	6
3. Theorie: Eliten, Außenpolitik und Machterhaltung	9
4. Die Putin-Führung im Jahr 2007: Antiamerikanismus und das Schüren von Bedrohungsgefühlen als Mobilisierungsstrategie	10
5. Parallelen zu den Wahlkämpfen im Deutschen Kaiserreich	23
6. Was der Westen zu erwarten hat	26
7. Wahrscheinliche Auswirkungen der Strategie der Putin-Führung	31



Franz Preißler, geb. 1965, ist Doktorand an der J. W. Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Er promoviert über die Politik Russlands in der Frage der russischen Minderheit in Lettland. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Außenpolitik Russlands, der theoretische Zusammenhang von Außen- und Innenpolitik, Demokratie/Autoritarismus und Nationalismus.

E-Mail: fpreis@web.de

1. Einleitung

Die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland verschlechterten sich im Jahr 2007 deutlich. Die Rede ist von einem „Prozess zunehmender Irritationen“ (G. Erler), den die EU mit Russland durchmache.¹ „Der russische Bär, so scheint es, brüllt wieder“ – so werteten Beobachter Putins Drohung vom April 2007, sich nicht mehr an den Vertrag über die Beschränkung der konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE) zu halten.² BeobachterInnen sehen in den Erklärungen und Ankündigungen Putins in diesem Jahr einen Beweis dafür, „dass er Russlands Beziehungen zur EU und den USA insgesamt neu aushandeln möchte“. Ein zentraler Grund hierfür wird in Russlands Aufstieg zur Energiemacht gesehen.³ Die international renommierte Russlandexpertin Lilija Schewtzowa spricht vom „Wille(n) zur Weltmacht“, den Putins Außenpolitik erkennen lasse.⁴ Von hier aus ist es nicht mehr weit bis zur Interpretation des amerikanischen Russland-Experten Michael McFaul, der an der Hoover Institution in Stanford lehrt. Vor dem außenpolitischen Ausschuss des US-Repräsentantenhauses sprach er im Mai 2007 im Hinblick auf die russische Außenpolitik von einer „neuen umfassenden Strategie (*grand strategy*)“, die „anti-amerikanisch, antiwestlich, unkooperativ und konfrontativ“ sei.⁵

Alle diese weitreichenden Interpretationen gehen – wieder einmal – in die Irre. Denn die Politik der Putin-Führung zielt in diesem Jahr nicht primär in Richtung Westen, sondern hat in erster Linie das Publikum zu Hause im Visier, das für die bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in die richtige Stimmung und Verfassung gebracht werden soll. Russlands gegenwärtige „Außen“-Politik ist damit zu einem großen Teil Innenpolitik. In nicht wenigen Veröffentlichungen zur gegenwärtigen Außen- und Sicherheitspolitik Russlands, vor allem zur Kritik an den amerikanischen Rake-

¹ Hierbei handelt es sich um Einschätzungen und Bewertungen aus zentralen Redebeiträgen auf dem Regionalkongress des ICCEES (Internationaler Rat für Mittel- und Osteuropastudien), der vom 2. bis 4. August 2007 in Berlin stattfand. Organisiert wurde der Kongress von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropa-kunde (DGO).

² Beliaev, Edward/Martin, J. Quinn (2007): Going Ballistic, in: Foreign Policy, no. 161, S. 88-90, hier: S. 88.

³ Stent, Angela (2007): Selektive Partnerschaft. Die russisch-amerikanischen Beziehungen im Vorfeld des Wahljahres 2008, in: Internationale Politik, Juni 2007, S. 94-99, hier: S. 98 (Zitat) und S. 94.

⁴ Schewtzowa, Lilija (2007): Russlands Wille zur Weltmacht. Autokratie, Energie, Ideologie, in: Osteuropa, Nr. 4, S. 33-52, hier: S. 33.

⁵ McFaul, Michael A.: Russia: Rebuilding the Iron Curtain (Testimony before the House Committee on Foreign Affairs, May 17, 2007), <http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=19202&prog=zru> [04.09.2007].

tenabwehrplänen und dem Ausstieg aus dem KSE-Vertrag, wird aber wenn überhaupt nur am Rande auf diese innenpolitisch-wahltaktischen Motive der Putin-Führung eingegangen.⁶

Damit soll nicht behauptet werden, dass es keine Konflikte zwischen Russland und dem Westen, insbesondere den USA gibt. Diese gibt es und sie haben in den letzten Jahren zugenommen. Russland verschärft seit Anfang des Jahres sein *posturing* in der Frage der amerikanischen Raketenabwehrpläne und des KSE-Vertrags – aus innenpolitischen Gründen, aber auch aus außen- und sicherheitspolitischen Überlegungen. Dabei sieht Russland in den US-Raketenabwehrplänen keine Gefahr für seine strategische Zweitschlagsfähigkeit.⁷ Vielmehr ist Russland bestrebt, dem Ausbau der militärischen Infrastruktur der USA und/oder der NATO (insbesondere Luftwaffenstützpunkte und Radaranlagen) in Osteuropa, aber auch im Südkaukasus, einen Riegel vorzuschieben bzw. ihn zumindest zu begrenzen, d.h. eine tiefer gehende militärische Integration dieser Staaten in die NATO sowie die Heranführung neuer Mitglieder – vor allem Georgiens, ganz zu schweigen von der Ukraine – zu verhindern.⁸

Dennoch: Gegenwärtig instrumentalisiert Moskau eine Reihe von Konflikten besonders für innenpolitische Zwecke und wird dies auch in den kommenden Monaten fortsetzen. Denn nur so ist die Erhaltung des Systems Putin garantiert. Ohne die bevorstehenden Wahlen würde Moskau mit den genannten Konflikten anders umgehen. Und gäbe es die amerikanischen Raketenabwehrpläne sowie die zu klärende Frage des Kosovo-Status nicht, würde die Putin-Führung andere Differenzen und Konflikte überziehen.

Vor diesem Hintergrund besteht das Ziel des vorliegenden Arbeitspapiers darin, vor übertriebenen Interpretationen der gegenwärtigen russischen Außenpolitik – und vor überzogenen Reaktionen darauf – zu warnen, nicht zuletzt deshalb, da sich der Ton der russischen Außenpolitik spätestens im

⁶ Dies gilt vor allem für diejenigen Autoren, die die russischen Sorgen und Argumente besonders ernst nehmen. Vgl. z.B. Mangott, Gerhard/Senn, Martin (2007): Rückkehr zum Kalten Krieg? Das russländisch-amerikanische Zerwürfnis über die Raketenabwehr in Osteuropa, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr. 3/2007, S. 11-22. Vgl. auch Hannes Adomeit und Alexander Bitter: Russland und die Raketenabwehr. Wer spaltet wen?, SWP-Aktuell, Nr. 23, April 2007. Die beiden Autoren nennen aber eine Reihe bedenkenswerter, nicht zuletzt sicherheitspolitischer Motive, derentwegen sich Moskau gegen die amerikanischen Raketenabwehrpläne in Tschechien und Polen ausspricht. Vgl. hierzu weiter unten.

⁷ Vgl. hierzu Adomeit/Bitter (2007). Diese Sichtweise vertritt auch Dvorkin, Vladimir: Threats Posed by the U.S. Missile Shield, in: Russia in Global Affairs, Vol.5, 2007, No.2 (April-June), S.22-32, hier S.28f. Dvorkin ist Generalmajor i. R. und Forscher am Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IME-MO) in Moskau. Vgl. ähnlich SIPRI Yearbook 2007, S.522f. (Stand vom März 2006)

⁸ Ebd., S. 6f.

Dezember 2007 (und darüber hinaus) noch einmal deutlich verschärfen und dies zu weiter gehenden Interpretationen dieser Politik führen dürfte, als sie ohnehin schon anzutreffen sind. Die russische Außenpolitik ist nicht das, als was sie augenblicklich erscheint.

2. Wahlen und Außenpolitik in Russland seit dem Jahr 1993

Der Zusammenhang zwischen der russischen Innenpolitik, vor allem bevorstehenden Wahlen, und der russischen Außenpolitik ist nicht neu. Als im Januar 1994, nach dem Wahlerfolg des Radikals Nationalisten Schirinowskij bei den Dumawahlen, der damalige russische Außenminister Kosyrew den postsowjetischen Raum als Zone lebenswichtiger Interessen Russlands und den Schutz der dort lebenden russischsprachigen Bevölkerung als eines der zentralen Ziele der russischen Außenpolitik bezeichnete, sahen Beobachter darin ein Zeichen für das Wiederaufleben russischer Hegemonialpolitik. Aber nichts davon geschah. Vielmehr unterzeichnete Russland im Juni 1994 ein „Partnerschaft für Frieden“-Abkommen mit der NATO und zog im August 1994 die exsowjetischen Truppen aus Ostdeutschland und den baltischen Staaten ab.

Auch im Jahr 1995, im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom Dezember 1995 und Juni/Juli 1996, verschärfte sich der Tonfall der russischen Außenpolitik. Vor dem Hintergrund der NATO-Luftangriffe auf serbische Stellungen in Bosnien warnte Jelzin den Westen am 9. September 1995, d.h. drei Monate vor den Parlamentswahlen, dass Europa zu einem neuen „Kriegsschauplatz“ werden könne, wenn eine bis an die russischen Grenzen vorgeschobene NATO zwei neue Militärböcke produziere. Wenige Tage später sagte Außenminister Kosyrew für den Fall einer solchen Entwicklung einen „kalten Frieden“ voraus. Nach dem guten Abschneiden kommunistischer und nationalistischer Kräfte bei den Dumawahlen entließ Jelzin im Dezember 1995 Kosyrew, der lange Zeit als prowestlich gegolten hatte. Nachfolger wurde Ewgenij Primakow, bis dahin Chef des russischen Auslandsgeheimdienstes, der in der Duma auf nicht geringe Zustimmung stieß. Beobachter sahen in diesem Personalwechsel einen Hinweis auf eine neue, die Großmachtinteressen Russlands betonende Außenpolitik. Im Mai 1996, einen Monat vor den Präsidentschaftswahlen, legte der offiziöse Rat für Außen- und Verteidigungspolitik unter Sergej Karaganow ein Strategiepapier vor, in dem gefragt wurde: „Wird die Union wiedergeboren werden?“ Westliche Experten interpretierten dies als Wiederauferstehen einer russischen Großmachtrolle im postsowjetischen Raum. Beide Schritte dienten aber in der Tat nur dazu, gegenüber den Kommunisten und Nationalisten, die der Jelzin-Führung die Schuld an der Auflösung der Supermacht Sowjetunion gaben, im Präsidentschaftswahlkampf keine zu große Angriffsfläche

zu bieten. Nachdem sich Jelzin im Juli gegen seinen kommunistischen Herausforderer durchgesetzt hatte, beruhigte sich die außenpolitische Diskussion in Russland. Im Mai 1997 kam es zur Unterzeichnung der NATO-Russland-Grundakte. Im Juli desselben Jahres traf die NATO die Entscheidung, Beitrittsverhandlungen mit Polen, Tschechien und Ungarn aufzunehmen. Im März 1999 wurden diese drei Staaten in das Bündnis aufgenommen.

Im selben Jahr war die Situation für die Kreml-Elite besonders schwierig, da es um einen Personalwechsel ging – Jelzin durfte und wollte bei den Präsidentschaftswahlen kein drittes Mal antreten. In dieser Situation war es ein inneres Thema, ja ein Krieg im Innern, mit dem es den Kreml-Oberen gelang, die Wähler zu mobilisieren und innenpolitische Herausforderer abzuwehren. Der erst im August 1999 zum Regierungschef ernannte Wladimir Putin⁹ nahm militärische Aktionen tschetschenischer Feldkommandeure in der russischen Teilrepublik Dagestan im Nordkaukasus, vor allem aber die bis heute nicht aufgeklärte Zerstörung dreier Wohnblocks in Moskau und Wolgodonsk mit ca. 230 Toten und Hunderten von Verletzten im September 1999, d.h. wiederum drei Monate vor den Dumawahlen, zum Anlass, um einen zweiten Krieg gegen Tschetschenien unter seinem gewählten Präsidenten Maschadow zu beginnen. Dieser Feldzug führte ab Oktober zu einem steilen Anstieg der Popularität Putins und ermöglichte es dem Kreml, den Ansturm der Gegenelite in Gestalt des Moskauer Oberbürgermeisters Jurij Luschkow und des früheren Außenminister und Regierungschefs Ewgenij Primakow auf die Duma und den Kreml abzuwehren. Vielmehr wurde Putin im März 2000 zum Präsidenten Russlands gewählt – und damit ein für Jelzin und seine Umgebung gefährlicher Elitenwechsel verhindert. Wahlkämpfe in Russland können, wie das Beispiel der Jahreswende 1999/2000 zeigt, tausende Menschen das Leben kosten.¹⁰ Der nicht zuletzt innenpolitisch motivierte zweite Tschetschenienkrieg führte im Herbst 1999 zu einer deutlichen Beeinträchtigung des Verhältnisses zwischen Russland und dem Westen. Aber schon in den ersten Monaten des Jahres 2000 kam es zu einer Wiederannäherung.

2003 lagen die Dinge dann wieder einfacher. In den Jahren davor hatte Putin die Oligarchen, die Medienmacht besaßen, ins Exil gedrängt. Das landesweite Fernsehen geriet unter staatliche Kontrolle. Der Kreml hatte da-

⁹ Putin war im Juli 1998 zum Chef des russischen Inlandsgeheimdienstes und im März 1999 zusätzlich zum Sekretär des Sicherheitsrates ernannt worden.

¹⁰ Vgl. hierzu Preißler, Franz (1999): Krieg als Machterhaltungsstrategie, in: Manfred Sapper (Hrsg.): Russland und der zweite Tschetschenienkrieg. Fakten, Hintergründe, Interpretationen, Mannheim, S. 26-30, (Untersuchungen des Forschungsschwerpunktes Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa an der Universität Mannheim, 22/1999, im Internet unter <http://www.uni-mannheim.de/fkks/fkks22.pdf> herunterzuladen).

mit die Medienhoheit über das Land gewonnen.¹¹ Auch ging es 2003/2004 nicht um einen Personalwechsel. Vielmehr kandidierte Putin für eine zweite Amtszeit und konnte sich auf hohe Zustimmungswerte stützen. Damit gab es praktisch keine starke Opposition. Die Notwendigkeit, Nationalismus zur Mobilisierung des russischen Wahlvolks einzusetzen, um Herausforderer abzuwehren, war deshalb für die Putin-Führung gering.

In diesem Jahr ist die Situation wieder schwieriger. Denn es geht um einen Personalwechsel. Zumindest für eine Übergangszeit wird Putin nicht mehr Präsident sein. Damit sind die Unwägbarkeiten für die gegenwärtige Regimekoalition größer. Denn würde eine Mehrheit der russischen Bevölkerung dem Wunschkandidaten des Kreml für die Präsidentschaftswahlen ihre Zustimmung verweigern, wären entweder die Macht- und wirtschaftlichen Interessen des herrschenden Elitenkartells gefährdet bzw. wäre es – bei eindeutiger Manipulation oder Absage der Wahlen – um die demokratische (Schein-)Legitimität des politischen Regimes in Russland geschehen. Es sind daher nicht primär die Beziehungen des Westens zu Russland, sondern die Machtstellung, die Legitimität und das internationale Ansehen der regierenden russischen Elite, die potentiell gefährdet sind.

Das gegenwärtige Regime ist damit nicht so stabil, wie es einige Autoren sehen,¹² aber auch nicht in einer Krise, wie es andere konstatieren.¹³ Die Wahrheit liegt hier in der Mitte: Die Putin-Führung steht vor einer großen Herausforderung, einem nicht leicht zu lösenden Problem: Wie über Wahlen den Transfer und gleichzeitig die Kontinuität der Macht gewährleisten, so dass die Macht- und wirtschaftlichen Interessen der zentralen Elitegruppen gewahrt bleiben? Hierbei handelt es sich in erster Linie um Akteure aus der Präsidialadministration, der Regierung und Staatsbürokratie, dem Inlandsgeheimdienst FSB sowie der Gas- und Ölindustrie.

Die Strategien, deren sich die Putin-Führung zur Bewältigung dieser Herausforderung bedient, lauten: Unterdrückung und Einschüchterung oppositioneller Kräfte, negative Integration und Mobilisierung sowie *last but not least* die Instrumentalisierung der Außenpolitik. Es handelt sich damit um Strategien und Politiken, die sich in erster Linie gegen andere richten; seit dem Jahr 2005 verschärft gegen demokratische und liberale Parteien sowie Nichtregierungsorganisationen im eigenen Land, die angeblich oder tatsächlich „im Sold des Auslands“ stehen,¹⁴ im Herbst 2006 gegen Geor-

¹¹ Zur innenpolitischen Entwicklung Russlands unter Putin vgl. McFaul (2007).

¹² So führt Liliya Schewtzowa das „unerwartete Selbstvertrauen Russlands“ neben dem hohen Ölpreis auf „die stabile innenpolitische Lage und Putins große Popularität in der Gesellschaft“ zurück. Vgl. dieselbe (2007), S. 33.

¹³ Gudkow, Lew (2007): Russlands Systemkrise. Negative Mobilisierung und kollektiver Zynismus, in: Osteuropa, Nr. 1/2007, S. 3-14. Er spricht dort von einer „Legitimitätskrise des Herrschaftssystems“; Vgl. ebd., S. 3.

¹⁴ Vgl. hierzu McFaul (2007).

gien und georgische Arbeitsmigranten in Russland selbst, ab Ende 2006 bis Mai 2007 gegen die regierende Elite Estlands, die ein „antifaschistisches“ Denkmal „demontieren“ ließ (tatsächlich wurde das Denkmal nur an eine andere Stelle gebracht) und seit Anfang des Jahres 2007 gegen den Unilateralismus, ja militärischen Hegemonialanspruch der US-Außenpolitik, hier nicht zuletzt die Pläne, in den Jahren 2008 bis 2011 Elemente eines im Aufbau befindlichen weltweiten Raketenabwehrsystems in Tschechien und Polen zu stationieren sowie das Kosovo als unabhängigen Staat anzuerkennen. Das Ziel dieser Strategien, bei denen stark mit Feindbildern gearbeitet wird, besteht in der Mobilisierung breiter putintreuer Wählerschichten, um den kontrollierten Transfer und damit den Erhalt der Macht für die Putin-Führung sicherzustellen.¹⁵

3. Theorie: Eliten, Außenpolitik und Machterhaltung

Das Vorgehen und der außenpolitische Stil der Putin-Führung in diesem Jahr entsprechen den Aussagen, wie sie in der Literatur über die Instrumentalisierung der Außenpolitik für innenpolitische Zwecke, d.h. zum Machterhalt zu finden sind.¹⁶ Grundsätzlich besteht die Aufgabe dabei darin, einen außenpolitischen Kurs zu verfolgen, der zu größerer Unterstützung für die politischen Entscheidungsträger führt, ja eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sie bringt. In der Regel sind dies populistische (z.B. nationalistische) Politiken, die der Bevölkerung ein Gefühl der Selbstbestätigung, Überlegenheit und Macht bzw. des Schutzes vor äußeren Gefahren geben. Zum einen können die politischen Führer, die in den meisten Fällen auch die außenpolitischen Entscheidungsträger sind, an nationalistische oder imperialistische Gefühle appellieren, Sündenböcke präsentieren oder Stimmung gegen ausländische Mächte oder Personengruppen machen (*„bashing“*). Bekanntlich ist in nicht wenigen Fällen der Einsatz von Feindbildern mit dem Ziel, nationalistische Ressentiments zu schüren, ein beliebtes und sicheres Mittel, um Zustimmung hervorzurufen, d.h. an die Macht zu kommen oder die Macht zu behalten. Denn die politischen Führer können auf diese Weise die Öffentlichkeit von strittigen innenpolitischen Fragen ablenken, die Bevölkerung integrieren und vorhandene Opposition neutralisieren. Die zweite Strategie für die politischen Entscheidungsträger, sich mittels der Außenpolitik zu legitimieren, besteht darin, starke Führung zu demonstrieren,

¹⁵ Der russische Soziologe Lew Gudkow spricht von einer „gezielten negativen Mobilisierung, die Hass gegen die ‚Oligarchen‘, gegen die USA und die NATO, gegen Georgien und die Ukraine schürt.“ Vgl. Gudkow (2007), S. 7.

¹⁶ Vgl. hierzu Hagan, Joe D. (1995): Domestic Political Explanations in the Analysis of Foreign Policy, in: Foreign Policy Analysis. Continuity and Change in Its Second Generation, ed. by Laura Neack/Jeanne A. K. Hey/Patrick J. Haney, Prentice Hall 1995, S. 117-143.

indem sie die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und den internationalen Status des eigenen Staates betonen. Drittens können die außenpolitischen Entscheidungsträger äußere Bedrohungen überzeichnen, um die Bevölkerung zu einen und die Anliegen und Forderungen innerstaatlicher Opposition als unwichtig, unberechtigt, ja gefährlich erscheinen zu lassen. In all diesen Fällen dient die Außenpolitik als Mittel zur Massenmobilisierung und zur Legitimierung der eigenen Politik – und das heißt auch immer zur Zurückdrängung der Opposition.¹⁷

Eine solche Strategie der Instrumentalisierung der Außenpolitik hat nicht selten deshalb Erfolg, da ein Präsident oder Regierungschef damit die Themen anspricht, die überwiegend in den Kompetenzbereich der Exekutive fallen, nämlich die Außenbeziehungen sowie die Sicherheit, Souveränität und Machtstellung des eigenen Staates. Zweitens hat die Exekutive in diesen Fragen in der Regel einen großen Informationsvorsprung. Und drittens existiert über die Verteidigung der Sicherheit, der Macht und des Ansehens des eigenen Staates und der eigenen Nation – anders als bei innenpolitischen Fragen – in der Regel ein Konsens.¹⁸

Oft besteht eine solche Strategie der Instrumentalisierung der Außenpolitik aus eindrucksvollen (*forceful*) und typischerweise konflikthaften außenpolitischen Handlungen, welche die Position der politischen Führung unterstreichen und ihre Handlungsstärke unter Beweis stellen sollen. Obwohl es sich hierbei oft um politisches Theater, d.h. Rhetorik und leere Drohungen handelt, *kann* diese Strategie weitreichende außenpolitische Folgen haben. In extremen Fällen kann sich eine Führung dabei auf die Anwendung von Gewalt, ja einen Kriegseintritt festlegen – eine Festlegung, der sie nachkommen muss, will sie im Innern nicht ihre Glaubwürdigkeit verlieren und als Schwächling dastehen. Die Strategie der innenpolitischen Legitimierung über Außenpolitik kann daher in ein sehr aktives und feindseliges außenpolitisches Muster münden. Im Ergebnis ist die Instrumentalisierung der Außenpolitik für innenpolitische Zwecke janusköpfig: Es handelt sich meist um Rhetorik, die aber in extremen Fällen eine Festlegung auf Gewaltanwendung zum Inhalt haben kann.

4. Die Putin-Führung im Jahr 2007: Antiamerikanismus und das Schüren von Bedrohungsgefühlen als Mobilisierungsstrategie

Auch die Putin-Führung benutzt die Außenpolitik in diesem Jahr zur Machterhaltung im Innern. Den Dreh- und Angelpunkt ihrer Wahlkampf-, d.h. Mobilisierungsstrategie bildet dabei die Kritik an der US-amerikanischen Außenpolitik, die sich bis zum Antiamerikanismus, ja der impliziten Un-

¹⁷ Vgl. ebd., insbesondere S. 129ff.

¹⁸ Ebd.

terstellung aggressiv-kriegerischer Absichten steigert. Dies geht einher mit dem bewussten Schüren von Bedrohungsgefühlen, indem immer wieder auf die neuen US-Stützpunkte „entlang unserer Grenzen“ verwiesen wird.

Putins Rede auf der Sicherheitskonferenz in München

Der erste deutliche Hinweis auf diese Strategie war die Rede Putins auf der 43. Konferenz für Sicherheitspolitik am 10. Februar 2007 in München.¹⁹ Putin begann seine dortige Rede mit der Bemerkung, das Format der Konferenz gebe ihm die Möglichkeit, „überflüssige Höflichkeit“ zu vermeiden. Gleichzeitig bat er, sich nicht über ihn zu ärgern – schließlich sei es „nur eine Konferenz“.²⁰ Nach einem Rückblick auf die Teilung der Welt während des Kalten Krieges erklärte der russische Präsident, wie jeder Krieg habe auch dieser bildhaft gesprochen „Blindgänger“ hinterlassen, nämlich „ideologische Stereotypen, Doppelstandards und andere Schablonen des Blockdenkens.“ Ohne die USA beim Namen zu nennen, wandte Putin sich im Weiteren vor allem gegen einen unipolaren Zustand der Welt und das Streben danach. Eine unipolare Welt, so der russische Staatsführer, „bedeutet letztlich in der Praxis nur eines: ein Machtzentrum, ein Kraftzentrum, ein Entscheidungszentrum. Das ist die Welt eines Herren, eines Souverän. Und das ist im Ergebnis nicht nur für alle (anderen)..., sondern auch für den Souverän selbst verderblich, weil es ihn von innen heraus zerstört.“ Ein solches Modell sei für die gegenwärtige Welt nicht nur nicht akzeptabel, sondern prinzipiell unmöglich: Einer Einzelführerschaft würde es nicht nur der militärisch-politischen und wirtschaftlichen Ressourcen ermangeln. Vielmehr funktioniere das Modell selbst nicht, da die „moralisch-ethische Basis der modernen Zivilisation“ nicht seine Grundlage bilde und nicht bilden könne.

Gleichzeitig sei „alles, was heute auf der Welt geschieht“ die Folge von Versuchen, genau diese Konzeption der unipolaren Ordnung in die Weltanliegen einzuführen. Im Ergebnis hätten „unilaterale, oft nicht legitime Handlungen“ kein einziges Problem gelöst, sondern vielmehr neue menschliche Tragödien und Spannungsherde verursacht. Ohne den amerikanischen Einmarsch im Irak beim Namen zu nennen, fuhr Putin dann fort:

„Heute beobachten wir eine fast durch nichts eingeschränkte, hypertrophe Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen – militä-

¹⁹ Vystuplenie i diskussija na Mjunchenskoj konferencii po voprosam politiki bezopasnosti, 10 fevralja 2007 goda, Mjunchen, http://www.kremlin.ru/appears/2007/02/10/1737_type63374type63376type63377type63381type82634_118097.shtml [20.09.2007]. Auszüge aus der Rede in deutscher Übersetzung finden sich auch in: Internationale Politik, März 2007, S. 140f.

²⁰ Zu diesem und den folgenden Zitaten vgl. ebd.

rischer Gewalt –, eine Gewalt, die die Welt in einen Abgrund von aufeinanderfolgenden Konflikten stößt. Im Ergebnis reicht die Kraft nicht für die komplexe Lösung eines einzigen von ihnen. Auch ihre politische Lösung wird unmöglich. Wir sehen mehr und mehr eine Missachtung grundlegender Prinzipien des Völkerrechts. Mehr noch – ... im Grunde hat fast das gesamte Rechtssystem eines Staates, vor allem natürlich der USA, seine nationalen Grenzen in allen Bereichen überschritten: in der Wirtschaft, in der Politik und im humanitären Bereich – und wird anderen Staaten aufgezwungen. Wem gefällt denn das?“

Gewaltanwendung dürfe, so der russische Präsident, nur auf der Basis eines Beschlusses der Vereinten Nationen geschehen, die nicht durch die NATO oder die Europäische Union ersetzt werden dürften.

Im Weiteren erklärte Putin, dass „die potentielle Gefahr der Destabilisierung der internationalen Beziehungen“ mit der „offensichtlichen Stagnation im Bereich der Abrüstung“ verbunden sei. Er sprach sich in diesem Zusammenhang gegen eine Militarisierung des Weltraums aus. Des Weiteren kritisierte er die amerikanischen Pläne für die Stationierung von Elementen einer Raketenabwehr in Polen und in Tschechien. Die USA leiteten damit eine neue Runde des Wettrüstens ein, die, so Putin, die Europäer selbst nicht nötig hätten.

Daran anschließend sprach er vom „kritischen Zustand“ des KSE-Vertrags. Er verwies hier auf die Nichtratifizierung des im Jahr 1999 angepassten Vertrages durch die NATO-Staaten, ließ aber keine Bereitschaft erkennen, der damals von Russland gemachten Zusage nachzukommen, seine Truppen aus dem von Moldowa abtrünnigen Transnistrien abzuziehen. Vielmehr lenkte er die Aufmerksamkeit auf eine Entwicklung im benachbarten Südosteuropa:

„Zur selben Zeit entstehen in Bulgarien und Rumänien so genannte leichte amerikanische vorgeschobene Basen mit jeweils 5000 Mann. Das heißt, dass die NATO ihre vorderen Kräfte an unsere Staatsgrenzen vorrücken lässt, während wir uns an den Vertrag halten und überhaupt nicht auf diese Handlungen reagieren. Ich denke, es ist offensichtlich: der Prozess der NATO-Erweiterung hat keinerlei Bezug zur Modernisierung der Allianz selbst oder zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa. Im Gegenteil, es ist ein ernstlich provozierender Faktor, der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens senkt... Gegen wen richtet sich diese Erweiterung?“ Putin erinnerte in diesem Zusammenhang an eine Erklärung des früheren NATO-Generalsekretärs Manfred Wörner, der im Mai 1990 gesagt hatte: „Die Tatsache selbst, dass wir bereit sind, keine NATO-Streitkräfte jenseits der Grenzen des Territoriums der BRD zu stationieren, gibt der Sowjetunion feste Sicherheitsgarantien“. Putin schloss diesem Zitat die rhetorische Frage an: „Wo sind diese Garantien?“ Bei der Diskussion im Anschluss an seine Rede kritisierte er vor allem

die Ausweitung der militärischen Infrastruktur der Allianz nach Osten, „an die russischen Grenzen“. Am Ende seiner Rede ging Putin auf das globale (strategische) amerikanische Raketenabwehrsystem (bzw. das entsprechende Programm) ein, bezeichnete es aber im Hinblick auf Russland als sinnlos: „Wir haben solche Waffen, die dieses System leicht überwinden können.“

In seiner Rede sprach Putin geschickt eine Reihe kritikwürdiger Punkte der US-Außenpolitik an, vor allem die unilaterale, auf die Anwendung militärischer Gewalt setzende Politik der USA, ohne diese immer beim Namen zu nennen. Auch inneramerikanisch wird schon seit einiger Zeit Kritik am außenpolitischen Unilateralismus der Bush-Administration und insbesondere am Irak-Krieg geübt. Die Bush-Administration hat der russischen Führung in den letzten Jahren eine Reihe von Themen geliefert, die diese nun als Steilvorlagen bei ihrem Wahlkampf ausnutzt. Als die USA im Januar 2007 ihre Pläne bekannt gaben, einen Teil ihres globalen Raketenabwehrsystems in Tschechien und Polen zu stationieren, musste die Putin-Führung darauf reagieren – nicht zuletzt da in diesem Jahr in Russland Wahlen stattfinden: Die US-Pläne sind ein ideales Thema zur Mobilisierung und Integration der russischen Bevölkerung.

Bei den von Putin angesprochenen „leichten amerikanischen vorgeschobenen Basen“ in Rumänien und Bulgarien handelt es sich in der US-Militärterminologie um vorgeschobene Einsatzstützpunkte (*Forward Operating Sites/FOS*) mit eingeschränkter Infrastruktur für die *East European Task Force*, die bis Ende 2007/Anfang 2008 aufgebaut werden soll. Diese luftbeweglichen Kräfte in Brigadestärke (einige Tausend Mann/Frau) sollen neben Einsätzen in Krisenfällen vor allem Übungen und Ausbildungsprogramme mit den neuen osteuropäischen NATO-Mitgliedern durchführen und so die Transformation der dortigen Streitkräfte unterstützen. Zudem erhofft man sich von den FOS einen schnelleren Zugang zu möglichen Konfliktgebieten im Kaukasus, im Mittleren Osten und Zentralasien. Denn Hintergrund der Schaffung der FOS ist die Neuordnung der US-Auslandsstützpunkte – die amerikanischen Streitkräfte sollen künftig schneller in ihre potentiellen Einsatzgebiete zu transportieren sein. Dementsprechend ziehen die USA gleichzeitig mehrere zehntausend Soldaten aus (West-)Europa ab.²¹ Anders als in Deutschland während des Kalten Krieges sind diese Basen damit keine Ansammlung von großen Truppenverbänden. Die territorialen Obergrenzen des angepassten KSE-Vertrages werden dadurch nicht verletzt (diese erstrecken sich zugegebenermaßen auch nicht auf Luftstreitkräfte). Sofern sich die USA weiter an den angepassten KSE-Vertrag halten, sind diese Basen, was Landstreitkräfte anbelangt, daher nur begrenzt ausbaufähig.

²¹ Schreer, Benjamin (2005): Die Neuordnung der amerikanischen Auslandsstützpunkte, SWP-Studie, Berlin, S. 16.

Für die Münchner Rede Putins gilt, dass die richtigen Dinge manchmal vom Falschen gesagt werden. Für die Rolle des Anwalts des (Völker-)Rechts und der Gewaltlosigkeit ist Putin jedenfalls die falsche Besetzung – siehe den Tschetschenienkrieg und die Einschränkung von Demokratie und Pressefreiheit während seiner Präsidentschaft. Ein Ziel Putins dürfte daher auch gewesen sein, einen Keil zwischen den Westen, d.h. den USA und einigen ihrer europäischen Partner zu treiben, zumindest dem Unmut in den westeuropäischen Gesellschaften und Teilen ihrer Eliten über die USA neue Nahrung zu geben.

Das Schüren von Bedrohungsgefühlen beim russischen Wahlvolk

Putins Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz war nur der Auftakt zu einer Reihe von Äußerungen, Ankündigungen und Entscheidungen, die Kritik an den westlichen Staaten, vor allem den USA zum Inhalt hatten. Mehr oder weniger direkt unterstellte die Putin-Führung den USA dabei aggressive Absichten und ging so weit, von einer Bedrohung der Sicherheit der Russländischen Föderation, ja der Weltordnung zu sprechen. Bei einem Besuch Ende Mai in Griechenland erklärte der russische Staatspräsident, dass „bei einigen Teilnehmern der internationalen Gemeinschaft“ der Wunsch aufgekommen sei, „ihren Willen allen zu diktieren“. Das sei nichts anderes als „Imperialismus“. Mitte Juni erklärte er auf einer Konferenz russischer Geschichtslehrer, dass es in der russischen Geschichte „problematische“ und „schreckliche“ Seiten gegeben habe. Doch die gebe es in der Geschichte jedes beliebigen Staates, „und bei uns waren sie nicht so schrecklich wie bei einigen anderen“. Putin fuhr dann fort:

„Auf jeden Fall haben wir keine Atomwaffen gegen die Zivilbevölkerung angewendet. Wir haben nicht Chemikalien über Tausende von Kilometern gesprüht und haben nicht auf ein kleines Land sieben Mal mehr Bomben geworfen, als während des gesamten Großen Vaterländischen Krieges gefallen sind, wie das zum Beispiel in Vietnam war.“²²

Es überrascht angesichts dieser Äußerungen nicht, dass die USA von Putin in den letzten Monaten mehr oder weniger implizit zunehmend als Bedrohung dargestellt werden. Putin appelliert dabei geschickt an die historischen Ängste der Russen vor Einkreisung und den finsternen Absichten und Plänen ausländischer Mächte, insbesondere der USA. So verglich Putin bei den Feiern zum 62. Jahrestag des Sieges über Hitlerdeutschland am 9. Mai 2007 die USA indirekt mit dem Dritten Reich.²³ Wie für den Anlass üblich, hob Putin

²² FAZ, 01.06.2007; FAZ, 23.06.2007.

²³ Vystuplenie na voennom parade v cest' 62-j godovsciny Pobedy v Velikoj Otecestvennoj vojne, <http://www.kremlin.ru/text/appears/2007/05/127658.shtml> [02.09.2007]; Putin Appears To Compare U.S. Policies To Third Reich, in: New

in seiner Ansprache auf einer Tribüne vor dem Lenin-Mausoleum eingangs die heldenhaften Leistungen der Bevölkerung gegenüber dem faschistischen Angreifer hervor, die schließlich zum Sieg geführt hätten. Die Lehren jenes schrecklichen Krieges bekämen mit jedem Jahr „immer größeren Sinn und Bedeutung“. Nach einem Seitenhieb auf Estland, in dem „die Denkmäler der Kriegshelden entweiht“ würden, was zu Zwietracht und neuem Misstrauen zwischen den Staaten und Menschen führe, erklärte Putin ungefähr in der Mitte seiner kurzen Ansprache, dass man die Gründe jedes Krieges vor allem in den Fehlern und Fehlkalkulationen der Friedenszeit, und ihre Wurzeln in der Ideologie der Konfrontation und des Extremismus suchen müsse. Er fuhr dann fort:

„Dies umso mehr, als solche Gefahren auch heutzutage nicht weniger werden. Sie transformieren sich nur, ändern ihre Erscheinung. In diesen neuen Gefahren liegen, wie zur Zeit des Dritten Reichs, dieselbe Verachtung für menschliches Leben und dieselben Ansprüche auf weltweite (*mirovuju*) Außergewöhnlichkeit und Diktat. Ich bin überzeugt, dass nur gemeinsame Verantwortung und gleichberechtigte Partnerschaft diesen Herausforderungen widerstehen und jeglichen Versuchen, einen neuen militärischen Konflikt zu provozieren und die Sicherheit auf der Welt zu untergraben, eine konzertierte Abfuhr erteilen können.“²⁴

Erstmals seit 15 Jahren sind seit Mitte August russische strategische Langstreckenbomber wieder rund um die Uhr in der Luft. Präsident Putin begründete den Schritt am 17. August mit der wachsenden Bedrohung durch andere Länder. Gleichzeitig erklärte er, er hoffe, „dass unsere Partner mit Verständnis auf diesen Schritt reagieren.“²⁵

Mit diesen Anspielungen auf eine Bedrohung Russlands durch die USA, ja Andeutungen eines möglichen Krieges sollen die russischen Wähler und Wählerinnen in Angst über die Pläne, Absichten und möglichen Aktionen der USA versetzt werden, soll der Eindruck und das Gefühl hervorgerufen werden, dass Russland, dem flächenmäßig größten Land der Erde, Gefahren von außen drohen.

York Times, 10.05.2007; FAZ, 10.05.2007, S. 6.

²⁴ Ebd. (Vystuplenie na ...); Die Äußerung Putins spielt in überzogenen Interpretationen der russischen Außenpolitik eine wichtige Rolle. So schreibt Michael McFaul: „Das sind nicht die Worte eines pragmatischen Realisten ... Es sind die Worte eines paranoiden Führers, der externe Feinde als Mittel zur Schaffung von Legitimität im Innern zu brauchen scheint.“ Putin dürfte kein paranoider Führer sein, sondern das Feindbild USA rational zur Stärkung seiner innenpolitischen Position und Legitimität einsetzen. Vgl. McFaul (2007).

²⁵ FAZ, 18. August 2007, S. 6; Anfang September flogen acht dieser Bomber in die Richtung des britischen Luftraums, so dass sie von Abfangjägern der Royal Air Force „begleitet“ wurden. Das Ereignis gilt als der „ernsteste Vorfall“ dieser Art seit dem Kalten Krieg. FAZ, 08.09.2007, S. 6.

Ein zentrales Mittel der Putin-Führung ist damit außenpolitische Stimmungsmache, ja Panikmache, d.h. die Auslösung von Angst beim nationalen (Massen-)Publikum, das Schüren der in Russland aus historischen Gründen latent verbreiteten Ängste vor dem Westen, insbesondere den USA, der Ressentiments gegen sie. Mit dem amerikanischen Feindbild verfügt die Putin-Führung über ein politisches Orientierungsmuster, das weit ins letzte Jahrhundert zurückreicht. Beim Wahlvolk dürfte diese Stimmungsmache der Putin-Führung verfangen: Mit dem Bild einer fernen – oder auch nicht so fernen – Bedrohung können Integrations- und Legitimationseffekte erzielt werden, da der Präsident und die Regierung als schützendes Gegenbild präsentiert werden können. Wenn die Sicherheit des Landes in Gefahr ist, ist auch keine Zeit für größere Debatten über andere Themen, ja sind solche gefährlich und unverantwortlich. Indem die Putin-Führung sicherheitspolitisch-militärische Themen in diesem Jahr ganz oben auf die Agenda zwischen dem Westen und Russland setzte, hat sie andere Streitpunkte wie die Demokratiefrage (oder zum Beispiel die Lugovoj/Litwinenko-Affäre) stark zurück- und die politische Opposition in Russland an den Rand gedrängt.

Präsentierte sich Putin 1999/2000 als Schutzmann gegenüber dem tschetschenischen Terrorismus, so wird er sich im Dezember dieses Jahres (und auch danach) als Schutzmann gegenüber Bedrohungen präsentieren, die angeblich von den USA ausgehen. Damit soll erreicht werden, dass sich das russische Wahlvolk um die politische Führung schart und bereitwillig und ängstlich der Partei (bzw. den Parteien) und dem Nachfolgekandidaten seine Stimme gibt, die Putin vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen anführen bzw. vorschlagen wird.

Russlands Austritt aus dem KSE-Vertrag

In seiner Rede vor der Föderalversammlung, d.h. zur Lage der Nation, drohte Präsident Putin am 26. April 2007 damit, dass Russland sich nicht länger an den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) halten werde.²⁶ Putin monierte in diesem Zusammenhang, dass der Ende 1999 angepasste Vertrag von Russlands Partnern nicht einmal ratifiziert worden sei.²⁷ Dies hat(te) aber seinen Grund: Seit dem Jahr 2000 machen die NATO-Staaten eine Ratifizierung des angepassten Vertrages davon abhängig, dass Russland die 1999 auf dem Istanbul OSZE-Gipfel eingegangenen Verpflichtungen zum Abzug russischer Streitkräfte aus Stützpunkten in Ge-

²⁶ Vgl. Annual Address to the Federal Assembly, in: International Affairs (Moscow), Vol. 53, 3/2007, S. 1-23, hier: S. 19f.

²⁷ Bis April 2007 hatten nur Russland, Weißrussland, die Ukraine und Kasachstan den angepassten Vertrag ratifiziert.

orgien und in Transnistrien, der von Moldau abtrünnigen Republik, erfüllt.²⁸ Putin sprach in diesem Zusammenhang von einem „erfundenen Vorwand“ und warf den „Partnern Russlands“ vor, „ein eigenes System von Militärbasen entlang unserer Grenzen“ zu errichten. Neue NATO-Mitglieder wie Slowenien und die baltischen Staaten hätten, so Putin, den KSE-Vertrag gar nicht unterzeichnet – was für Russland eine „wirkliche Bedrohung und eine unvorhersagbare Situation“ schaffe. Putin sprach sich dafür aus, dieses Problem im NATO-Russland-Rat zu verhandeln. Sollte es dabei zu keinen Fortschritten kommen, solle Russland, so Putin vor den Abgeordneten, die Möglichkeit einer Aussetzung seiner Verpflichtungen aus dem KSE-Vertrag überprüfen. Abschließend wies er noch einmal auf die amerikanischen Pläne hin, Elemente eines Raketenabwehrsystems in Tschechien und Polen zu stationieren und erklärte, diese seien nicht nur ein Thema für die bilateralen russisch-amerikanischen Beziehungen, sondern beträfen die Interessen aller europäischen Länder, weshalb sie in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu diskutieren seien.

Was die baltischen Staaten als neuen NATO-Mitgliedern anbelangt, so haben sie den (alten) KSE-Vertrag nicht unterzeichnet (sie waren noch Teil der UdSSR), waren nicht an der Aushandlung des angepassten Vertrages beteiligt und können ihn erst unterzeichnen, wenn er von allen Teilnehmerstaaten ratifiziert worden ist und damit in Kraft tritt. Trotzdem wäre auch eine Übergangslösung denkbar, bei der die dortige Anzahl vertragsbegrenzter Waffen durch einseitige und/oder eine NATO-Erklärung beschränkt würde. Bei der Lösung entsprechender Fragen könnte der NATO-Russland-Rat hilfreich sein. Von einer wirklichen Bedrohung zu sprechen, scheint jedenfalls übertrieben.

Putins Drohung, sich nicht mehr an den KSE-Vertrag zu halten, sollten die NATO-Staaten den 1999 angepassten Vertrag nicht ratifizieren, wurde und wird von vielen als Indiz dafür genommen, dass die politische Führung Russlands über die Pläne der USA, in Tschechien und Polen Elemente eines Raketenabwehrsystems gegenüber dem Iran zu stationieren, beunruhigt, ja wütend ist. Und in den darauf folgenden Wochen und Monaten setzte Putin seine harte Linie fort. Nach dem Test einer neuen Interkontinentalrakete Ende Mai drohte er Anfang Juni damit, Raketen auf die Staaten zu richten, in denen US-Raketenabwehrsysteme stationiert würden.²⁹

Am 13. Juli 2007 unterzeichnete Putin dann einen „Erlass über die vorübergehende Aussetzung der Gültigkeit des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa ...“ durch die Russländische Föderation. Putin begründete diese Entscheidung mit „außergewöhnlichen Umständen“, die sich auf den Inhalt des genannten Vertrages bezögen, „die Sicherheit der Russländi-

²⁸ Vgl. FAZ, 16.07.2007, S. 1

²⁹ Putin droht mit Raketen auf Europa, FAZ, 05.06.2007.

schen Föderation“ betreffen und „das Treffen unverzüglicher Maßnahmen“ erforderten.³⁰ Dieses zeitlich nicht festgelegte Moratorium wird 150 Tage, nachdem die Unterzeichnerstaaten am 15. Juli informiert wurden, wirksam werden. An sich sieht der KSE-Vertragstext nur die Möglichkeit der Kündigung (mit der besagten Frist von 150 Tagen), nicht aber die vorübergehende Außerkraftsetzung vor, wie sie Präsident Putin in seinem Erlass verfügte.³¹ Das russische Moratorium soll so lange gelten, bis die Nato-Staaten den angepassten Vertrag ratifiziert haben. Im jüngst erschienenen Jahresbericht des International Institute for Strategic Studies in London heißt es zu der Entscheidung Putins, sie sei in Opposition zu den amerikanischen Raketenabwehrplänen in Europa getroffen worden und markiere „die formale Zurückweisung der Bedingungen der europäischen Nachkriegsordnung durch Russland.“³² Im Weiteren heißt es dann:

„Russland hielt den KSE-Vertrag von dem Moment an, wo er vereinbart wurde, für veraltet und unfair. Russlands Ärger über die Bewegung des Westens nach Osten während der späten neunziger Jahre, insbesondere in der institutionellen Form der NATO sowie ein wahrgenommener Mangel an Respekt brachte Präsident Wladimir Putin dazu, die Bedingungen der Nachkriegsregelung in Frage zu stellen.“³³

Wirklich überzeugen kann aber diese Einschätzung nicht. Denn wenn Russland den KSE-Vertrag von Anfang an für unfair hielt, warum besteht es dann jetzt darauf, dass die westlichen Staaten ihn ratifizieren? Was die NATO-Erweiterung betrifft – und von größerer Bedeutung dürfte hier die zweite, umfassende Runde vom März 2004 sein – so war eine tiefgehende Verärgerung Russlands im Jahr 2003 – nach dem Beschluss über die Erweiterung in den Jahren 2001/2002 – nicht festzustellen. Zu einer Änderung in der Einstellung Russlands, d.h. der Putin-Führung, zum Westen kam es erst sukzessive ab dem Jahr 2004, als die OSZE explizit die russischen Präsidentschaftswahlen vom März 2004 kritisierte, Ende 2004 die Fälschungen bei den ukrainischen Präsidentschaftswahlen aufdeckte (was zu einem Machtwechsel führte) und es Anfang 2005 zur Revolution in Kirgisien kam. Zweifelhaft erscheint auch die Aussage, dass der Westen Russland nicht respektiert hat – vielmehr wurde Russland zum vollwertigen G8-Mitglied

³⁰ Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii o priostanovlenii Rossijskoj Federacii dejstvujaja dogovora ob obycnych vooruzennyh silach v Evrope i svjazannyh s nim mezhdunarodnach dogovorov, Kreml', 13. Juli 2007, veröffentlicht unter: <http://document.kremlin.ru/doc.asp?ID=040713> [20.09.2007]. „priostanovit“ bedeutet im Russischen so viel wie „auf kurze Zeit unterbrechen, einstellen, aussetzen“.

³¹ New York Times, 15.07.2007; FAZ, 16. 07.2007

³² Strategic Survey (2007), The International Institute for Strategic Studies, London, S. 400.

³³ Ebd.

aufgewertet (2006 hatte es den Vorsitz inne) und die USA treten für die Aufnahme Russlands in die Welthandelsorganisation (WTO) ein. Von daher ist die distanziertere, ja teilweise abwehrend-feindselige Einstellung der Putin-Führung zu westlich geprägten Organisationen Ausdruck und Folge des realen Konflikts zwischen westlichen politischen Ordnungsvorstellungen und dem zunehmend autoritären Charakter des Putin-Regimes, welches seit dem Jahr 2000, verstärkt seit 2005 in starkem Maße die Pressefreiheit, die Organisationsfreiheit sowie das Demonstrationsrecht eingeschränkt hat. Der freie Fluss von Informationen und Personen, politische Konkurrenz sowie die Überwachung und Bewertung politischer Prozesse durch internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen widersprechen nämlich dem Machterhaltungsinteresse der Herrschaftskoalition, die sich in Russland unter Putin herausgebildet hat.

Was Russlands Position zum KSE-Vertrag anbelangt, so machte sich lange Zeit kaum einer der vielen Beobachter und Expertinnen die Mühe auszurechnen, an welchem Tag Russland damit nicht mehr an diesen Vertrag gebunden ist: Es wird – 150 Tage vom 15. Juli an gerechnet – der 12. Dezember 2007 sein. Damit ist dieses Moratorium genau auf die russischen Parlaments-, vor allem aber Präsidentschaftswahlen zugeschnitten.³⁴ Da erstere am 2. Dezember stattfinden, ist zu erwarten, dass der Duma-Wahlkampf in seiner Endphase mit dem Thema der Sicherheitsbedrohung der Russischen Föderation geführt werden wird. Putin dürfte versuchen, die Wähler und Wählerinnen durch außenpolitische Panikmache ins eigene Lager, d.h. zu „Einiges Russland“ zu treiben. Von noch größerer Bedeutung scheint aber zu sein, dass Putin den Beginn des Moratoriums mit dem 12. Dezember genau auf den Zeitraum legte (nämlich unmittelbar nach den Dumawahlen), in dem er, sofern er das beabsichtigt, einen Kandidaten für die Nachfolge im Präsidentenamt präsentieren muss: Am 2. März 2008 finden in Russland Präsidentschaftswahlen statt.

Für den 10. Dezember ist darüber hinaus auch der Abschluss der Kosovo-Verhandlungen angesetzt. Westliche Staaten, vor allem die USA, drängen darauf, die seit acht Jahren de facto nicht mehr zu Serbien gehörende Provinz als unabhängigen Staat anzuerkennen. Auch der vom UN-Vermittler Ahtisaari im Frühjahr 2007 vorgelegte Plan sah eine (überwachte) Unabhängigkeit vor. Russland lehnte diesen Plan ab und macht seit Monaten Front gegen alles, was nach Unabhängigkeit klingt. Beobachter und Beteiligte gehen

³⁴ Die bisherigen Veröffentlichungen in Zeitschriften (Stand: Ende Oktober 2007) gehen auf Putins Entscheidung vom 13. Juli noch nicht ein (sondern nur auf seine Rede an die Nation vom 26. April). Von daher interpretieren sie Putins Drohung vom April, sich nicht mehr an den KSE-Vertrag zu halten, in erster Linie als Indiz für eine härtere russische Außenpolitik, nicht als Maßnahme mit (auch) innenpolitischer Zielrichtung. Vgl. exemplarisch Bailes, Alyson (2007): Putins Poker, in: Internationale Politik, Juni 2007, S. 100-103 sowie Beliaev/Quinn (2007).

mittlerweile davon aus, dass sich weder Serbien und die kosovarische Seite noch die Vermittlungs-Troika aus EU, USA und Russland bis zum 10. Dezember, dem Ende der Verhandlungen, auf einen Kompromiss einigen werden. Am Ende könnte daher die eigenmächtige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo – und deren Anerkennung durch die USA stehen. Dies könnte die Putin-Führung benutzen, um von einer Bedrohung der Sicherheit der Russischen Föderation zu sprechen – mit entsprechenden Wirkungen auf das russische Wahlvolk. Hinweise auf eine solche Strategie gab es schon Anfang September: Außenminister Lawrow sagte in einer Rede, es gebe „rote Linien“, die nicht überschritten werden dürften, da sie eine Bedrohung für die Sicherheit Russlands und der Weltordnung (! – Anm. des Autors) darstellten. Dies gelte für den amerikanischen Raketenschutzschild und die Zukunft des Kosovo. Russland werde sich nicht auf einen „Kuhhandel“ einlassen und „bis zum Schluss“ an seiner Position festhalten.³⁵

Eine internationale (Schein-)Krise um den 10./12. Dezember 2007?

Am 10. und 12. Dezember 2007 wird es auf diese Weise zu zwei Entwicklungen kommen, welche die Putin-Führung als Bedrohung der Sicherheit der Russländischen Föderation hinstellen kann und wahrscheinlich auch wird. Diese Kumulierung zweier wichtiger Daten der internationalen Politik – und zwar am Anfang des russischen Präsidentschaftswahlkampfes – führt zu folgender Vermutung: Putin dürfte sich um den 10./12. Dezember herum im russischen Staatsfernsehen mit ernster Miene an die russische Öffentlichkeit wenden und von einer neuen Sicherheits-, genauer: Bedrohungslage, für die Russländische Föderation sprechen, um sich vor diesem Hintergrund für einen bestimmten Nachfolgekandidaten auszusprechen. Die behauptete außergewöhnliche Sicherheitslage, die schon im Juli 2007 „unverzögliche Maßnahmen“ erforderte, soll garantieren, dass ein Teil von Putins Autorität und Legitimität auf den vorgeschlagenen Nachfolger übertragen wird, die übergroße Mehrheit der russischen Wähler und Wählerinnen diesen annimmt und Anfang März 2008 auch für ihn stimmt.

Am wahrscheinlichsten erscheint zum jetzigen Zeitpunkt, dass Putin sich um diesen Zeitpunkt herum für Viktor Subkow als Nachfolgekandidaten ausspricht – und letzterer dann auch zum Präsidenten gewählt wird. Subkow würde dann, so Putins Kalkül, unter ihm Präsident sein. Sollte Subkow zurücktreten, amtsunfähig werden oder sterben, würde nach der Verfassung Putin (wenn er denn Regierungschef werden sollte) kommissarisch die Amtsgeschäfte übernehmen und könnte bei dann abzuhaltenden Präsidentschaftswahlen erneut antreten.³⁶ Möglich, aber nicht sehr wahrscheinlich

³⁵ FAZ, 04.09.2007, S. 7.

³⁶ Art. 81, 3 der russischen Verfassung lautet, dass „ein und dieselbe Person das

sind aber auch deutliche Verfassungsänderungen – die putintreuen Parteien verfügen schon jetzt über eine Zweidrittelmehrheit in der Duma – welche die Stellung des Regierungschefs stärken und Russland zumindest auf dem Papier einem parlamentarischen System annähern würden.

Putin hat sich vielleicht auch noch eine andere Hintertür offen gehalten: Sollten die Umfragewerte in den Wochen vor den Präsidentschaftswahlen nicht günstig für Putins Wunsch Kandidat stehen, so könnte Putin im Februar, d.h. einige Wochen vor dem Wahltermin, erklären, dass die Sicherheit der Russländischen Föderation bedroht ist und unter Verweis auf seinen Amtseid, nämlich „...die Souveränität und Unabhängigkeit, die *Sicherheit* und Integrität des Staates zu verteidigen“³⁷, „unverzügliche Maßnahmen“, zum Beispiel eine Verschiebung der Wahlen für nötig erklären, so dass er weiter Präsident bleiben bzw. wegen „außergewöhnlicher Umstände“ zumindest ein drittes Mal kandidieren könnte. Das Problem bei dieser Variante wäre aber, dass Putin dann vorgeben müsste, dass die Sicherheit der Russländischen Föderation dauerhaft bedroht ist, d.h. er müsste Außenpolitik im permanenten Ausnahmezustand betreiben, was nicht im mittel- und langfristigen Interesse Russlands sein dürfte.

Klar ist auf jeden Fall eines: Mit seiner „Außen“-Politik in diesem Jahr hat Putin die Weichen so gestellt, dass der Zug der Wähler zu ihm selbst und in Richtung des gewünschten Nachfolgekandidaten rollt. Putin wird bei den Dumawahlen am 2. Dezember mindestens zwei Drittel der Stimmen für „Einiges Russland“ anstreben. Die amerikanischen Raketenabwehrpläne in Tschechien und Polen, die militärischen Pläne und Aktivitäten der USA im Hinblick auf Südosteuropa und den Transkaukasus (Georgien) und als Reaktion (unter anderem) darauf der befristete Ausstieg aus dem KSE-Vertrag sowie schließlich die Kosovo-Frage werden zu einer umfassenden Bedrohungskulisse hochstilisiert werden und die „Aufreger“ im Duma-Wahlkampf, vor allem aber in den Monaten vor den Präsidentschaftswahlen Anfang März 2008 abgeben. Putin kann in diesen Fragen dem Westen praktisch nicht entgegenkommen, da sonst der gewünschte Mobilisierungseffekt im Innern ausbleiben würde. Und Putin braucht eine Duma, die mit ihm an der Spitze völlig von „Einiges Russland“ dominiert wird, denn sie wird zumindest vorübergehend seine Macht- und Legitimationsbasis – auch gegenüber dem neuen Präsidenten – darstellen.

Für den Westen, vor allem die USA, ist wichtig, dass er sich für die erste

Amt des Präsidenten der Russländischen Föderation nicht mehr als zwei Amtsperioden (srokov) nacheinander innehaben kann.“ Dies lässt die Möglichkeit offen, dass Putin nach zwei Amtszeiten und einem anderen (evtl. nur Interims-) Amtsinhaber wieder Präsident werden kann.

³⁷ Vgl. die in Artikel 82, Absatz 1 der Verfassung der Russländischen Föderation festgelegte Vereidigungsformel des Präsidenten Russlands. Hervorhebung des Wortes „Sicherheit“ durch den Autor.

Dezemberhälfte, vielleicht aber auch schon früher, auf ein ziemliches weltpolitisches Getöse von Seiten Russlands einstellen muss. Bildhaft formuliert: Um den 10./12. Dezember des Jahres 2007 dürfte sich der Russische (Leit-)Bär (noch höher) aufrichten und laut brüllen – scheinbar in Richtung Westen bzw. der USA, tatsächlich aber vor allem „nach hinten“, in Richtung seiner eigenen Herde. Das russische Wahlvolk soll den Eindruck einer internationalen Gefährdung, ja Umzingelung Russlands bekommen, damit es sich um Putin und den von ihm vorgeschlagenen Nachfolgekandidaten scharen und diesen unter Angst als legitimen, ja notwendigen und unverzichtbaren Nachfolger Putins anerkennen und annehmen wird.

1999/2000 und 2007/2008: gleiche Ziele, unterschiedliche Wege?

Die Strategie, die die Putin-Führung damit anzuwenden gedenkt, ähnelt in ihrem Timing sehr der vom Herbst 1999, als es auch um einen Wechsel an der Spitze des Staates ging – nämlich von Jelzin zu Putin. Damals war es der Tschetschenienkrieg, der aufs Genaueste mit dem Duma-Wahlkampf synchronisiert wurde. Pünktlich zum Auftakt der heißen Phase des Parlamentswahlkampfes flogen am 9., 13. und 16. September in Moskau und einer anderen russischen Stadt drei große Wohnblocks in die Luft. Die russische Bevölkerung war schockiert, gelähmt und in Angst. Der erst einen Monat im Amt befindliche neue Regierungschef Putin machte Tschetschenen für diese Terroranschläge verantwortlich. Der ab Oktober mit zunehmender Vehemenz geführte Tschetschenienkrieg führte zur Patriotisierung des russischen Wahlvolks und einem exorbitanten Anstieg der Popularität Putins. Der Vormarsch der russischen Truppen wurde so geplant, dass sie Anfang Dezember vor der tschetschenischen Hauptstadt Grosnyj standen. Am 12. Dezember, genau eine Woche vor den Dumawahlen, begann der Angriff auf Grosnyj. Das Kalkül dürfte gewesen sein, die Stadt unmittelbar vor den Wahlen einzunehmen, was aber nicht gelang. Trotzdem erkämpfte die erst wenige Monate davor gegründete und vom Kreml unterstützte Partei „Einheit/Der Bär“ bei den Wahlen am 19. Dezember 1999 23,3 % der Listenmandate, der Gegen-Wahlblock „Vaterland - Ganz Russland“ (Primakow/Luschkow/Schaimijew) dagegen nur enttäuschende 13,3 %. Damit war dessen Sturm auf die Duma – und in der Folge auch auf den Kreml – abgeschlagen worden.

Im Westen wird nicht hinreichend verstanden, dass für die Kreml-Oberen die Entscheidung in gewisser Weise schon bei den Dumawahlen im Dezember fällt: oppositionelle Parteien und Personen sollen im Vorfeld dieser Wahlen gar keine Möglichkeit haben, sich mit ihren Themen an die Bevölkerung zu wenden, nennenswerte Teile von ihr zu mobilisieren und in der Duma starke Fraktionen zu bilden – denn dann könnten sie auch eine sichtbare

Alternative bei den Präsidentschaftswahlen stellen. Russische Wahlen funktionieren in dieser Hinsicht wie eine zweistufige Rakete, bei welcher der Start der ersten Stufe garantiert, dass die zweite Stufe (mit dem Präsidentschaftskandidaten) ganz nach oben getragen wird. Die Dumawahlen stellen daher eine wichtige, ja entscheidende Weichenstellung dar.

Die Kreml-Elite führt dabei im Jahr fast jeder Parlamentswahl ein anderes Drama auf und wählt einen anderen Schauplatz. Denn würde sie bei jeder Wahl zur selben Klamotte, z.B. einem Krieg gegen Tschetschenien greifen, würde dies dem Wahlvolk auffallen und es könnte Schlussfolgerungen ziehen, die für die Machthaber gefährlich wären.

War es 1999 Terrorfurcht und Genugtuung über einen erfolgreich verlaufenden Feldzug gegen eine abtrünnige, Terroristen beherbergende Republik im Innern, so wird es 2007/2008 nicht zuletzt die Angst vor einer Bedrohung von außen, letztlich Kriegsfurcht sein, mit der Putin versuchen wird, die Bevölkerung dazu zu bringen, für die von ihm angeführte Partei „Einiges Russland“ sowie den Nachfolger zu stimmen, den er vorschlagen wird. Putin wird dieses Mal in die Klamottenkiste des Kalten Krieges, der Supermacht-konfrontation, greifen. Das Ausmaß der Festlegung auf bestimmte Positionen wird dabei ähnlich hoch wie 1999/2000 in der Tschetschenienfrage sein, denn dieses Mal werden außenpolitische Themen und Konflikte das notwendige, ja unverzichtbare Mittel zur Erreichung innenpolitischer Ziele darstellen. Zu einer Instrumentalisierung der Außenpolitik kam es auch schon in früheren Wahlkämpfen, dieses Mal dürfte sie aber von besonderer Intensität und Brisanz sein.

Die Außenpolitik als Magd innenpolitischer Machtinteressen

Die von der Putin-Führung in diesem (Wahl-)Jahr behauptete, herbei geredete bzw. zumindest maßlos übertriebene Bedrohungslage, die stark aufgebauten außenpolitischen Konflikte mit dem Westen, vor allem den USA, sollen dazu beitragen, dass das russische Wahlvolk für den Verbleib Putins im russischen Machtsystem sowie den Präsidentschaftskandidaten stimmt, der der Putin-Führung genehm ist. Russland ist damit keine lebendige, kompetitive Demokratie, sondern ein Land, in dem in diesen Monaten (wahrscheinlich mit Erfolg) versucht wird, Dutzende Millionen Stück Stimmvieh (es gibt 103 Millionen russische Wähler) in genau die Richtung zu treiben, die den Zwecken der Mächtigen entspricht.³⁸

Wie stark sich die Innenpolitik auf die Außenpolitik auswirken kann, das zeigte den Deutschen vor noch nicht allzu langer Zeit der frühere Bundes-

³⁸ Zum Grad der politischen Unabhängigkeit der russischen Wähler und Wählerinnen vgl. Wehner, Markus (2006): Die unbegrenzte Manipulierbarkeit der Massen, in: FAZ, 29.01.2006.

kanzler Gerhard Schröder. Er riskierte einen Bruch mit der US-Administration unter George W. Bush, weil er glaubte, nur mit einer kompromisslosen, die Androhung von Gewalt in der Irak-Frage ausschließenden innenpolitischen Positionierung, d.h. lautstark und öffentlichkeitswirksam auf dem Marktplatz, genügend Wähler mobilisieren zu können, um den Ansturm der Opposition in Gestalt der CDU/CSU und FDP auf das Kanzleramt abwehren zu können. Während es Schröder mit diesem Kurs gelang, verlorenen Boden wieder gut zu machen, d.h. die Opposition wieder zurückzudrängen, lässt Putin, der (halb)autoritäre Mann Europas, Opposition erst gar nicht aufkommen. Vielmehr treibt er die russischen Wähler und Wählerinnen vor sich her: Nicht zuletzt angebliche internationale Bedrohungen und außenpolitische (Schein-) Krisen im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sollen oppositionellen Kräften in Russland jegliche Möglichkeit nehmen, nennenswerte Teile der Bevölkerung mit einem krenlkritischen Programm zu mobilisieren. Da das Vaterland in Gefahr ist, sollen die russischen Wähler ihr Kreuz ohne lange nachzudenken bei Putin, oder zumindest einem Putinisten machen.

Wenn Putin den USA ein Streben nach einer unipolaren Weltordnung, einen Hang zum Diktat in der internationalen Politik und den exzessiven Einsatz von Gewalt vorwirft, so spricht er damit zu Recht einige kritikwürdige Aspekte der Außenpolitik der Bush-Administration an. Gleichzeitig beschreibt Putins Kritik aber auch die Politik des Kreml im Innern des Landes. Es gibt hier keine voneinander unabhängigen Pole, d.h. Machtzentren, keine *checks and balances*. Vielmehr diktiert der Kreml den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gruppen den Gang der Dinge. Das Verhalten des Kreml ist anmaßend, wie die Gewaltanwendung gegen Demonstranten in Moskau und St. Petersburg vor allem im April 2007 gezeigt hat. Es regiert Einschüchterung und Manipulation, wie es zugegebenermaßen die USA, aber in hohem Maße auch die Putin-Führung in den letzten Jahren praktiziert.

5. Parallelen zu den Wahlkämpfen im Deutschen Kaiserreich

Insgesamt erinnert die Politik und Strategie der Putin-Führung an die Herrschaftstechniken der „negativen Integration“ und der Instrumentalisierung der Außenpolitik, wie sie für das Deutsche Reich zwischen 1871 und 1914 typisch waren.³⁹ Zum einen stilisierte Bismarck innere Konflikte derart um, dass er eine Mehrheit von „reichstreuen“ Elementen gegen eine Minderheit von „Reichsfeinden“ führen konnte, die zwar als „ernsthafte Gefahr“ erscheinen mussten, das Gesamtsystem aber doch nicht wirklich in Frage

³⁹ Vgl. Wehler, Hans-Ulrich (1988): Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, 6. bibliographisch erneuerte Auflage, Göttingen (Deutsche Geschichte, Bd.9), hier: insbesondere S. 96ff., S. 107ff.

zu stellen vermochten. Des Weiteren hatte die Außenpolitik eine wichtige Funktion im Rahmen der Machterhaltungsstrategien der herrschenden Eliten des Kaiserreichs: „Im rechten Augenblick wurden (vor allem ab 1877) außenpolitische Spannungen fabriziert oder doch die Möglichkeiten internationaler Gefahren beschworen.“⁴⁰

Im Ergebnis zeichneten sich die Wahlkämpfe dieser Zeit durch eine negative Integration nach innen und nach außen aus. Die Mittel, die Bismarck zur Mehrheitsgewinnung einsetzte, wurden dabei immer bedenklicher: 1881 war es eine infame Diskreditierung des Liberalismus, 1884 erfolgte das Auftrumpfen mit einem „zweiten Reich“ in Übersee⁴¹, die Ausschlichtung des Konflikts mit London und das Hochpeitschen des Englandhasses. 1887 mussten Kriegsgefahr und Rüstungspsychose fabriziert werden, um den bismarcktreuen Parteien zum Sieg zu verhelfen.⁴² Die beschworene außenpolitische Bedrohung durch französische Rüstungsmaßnahmen reduzierte diese Reichstagswahl der Tendenz nach auf ein Plebiszit.⁴³ „Bismarck verstand es vorzüglich, eine ‚träge und interesselose‘ Wählerschaft ... durch ‚internationale Glühhitze‘ für die Wahlentscheidungen in Bewegung zu setzen, wie

⁴⁰ Ebd., S. 108.

⁴¹ In den Monaten vor den Reichstagswahlen vom Oktober 1884 kam es zum Hissen der deutschen Flagge über dem südwestafrikanischen Küstenstreifen, über Togo und Kamerun sowie Ostafrika, was vor allem bei den Nationalliberalen zu einer patriotischen Welle führte. Ein vergleichbares Schauspiel wiederholte sich im August dieses Jahres, d.h. im russischen (Vor-)Wahlkampf, als zwei russische Mini-U-Boote eine Tauchexpedition zum Meeresboden unter dem Nordpol durchführten und in etwa 4,3 Kilometern Tiefe die russische Flagge aufstellten. Mit dieser symbolischen Geste versuchte Russland seine bereits 2001 erhobenen Ansprüche auf insgesamt 1,2 Millionen Quadratkilometer der arktischen Region mit dem darunter liegenden Meeresgrund zu bekräftigen. Die Aufteilung der Arktis, schrieb die Regierungszeitung „Rossijskaja Gazeta“ hoffnungsvoll, sei „der Beginn einer neuen Aufteilung der Welt“. Vgl. Welt am Sonntag, 5.8.2007.

⁴² Wehler, Hans-Ulrich (1995): Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Dritter Band: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs: 1849-1914, München, S. 992. Auf der Seite davor spricht er von der „außenpolitischen Panikmache“ der bismarcktreuen Parteien, auf S. 976 von der „fabrizierte(n) französische(n) Kriegsgefahr“ im Wahlkampf von 1887.

⁴³ Bendikat, Elfi (1988): Wahlkämpfe in Europa 1884 bis 1889. Parteiensysteme und Politikstile in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, Wiesbaden (Zugleich: Berlin, Freie Univ., Diss, 1988), hier: S. 333. In Plebisziten konnte der Wettbewerb auf eine künstliche Entscheidungsalternative reduziert und der Gegner schematisch ausgegrenzt werden. Auch über Putin schreiben westliche Kommentatoren mittlerweile, dass er, indem er die Spitzenkandidatur der Kreml-Partei „Einiges Russland“ übernahm, die bevorstehende Dumawahl „zu einer Art Plebiszit für sich selbst umfunktioniert“ habe. Vgl. Süddeutsche Zeitung, 19.10.2007, S. 4.

das für alle Reichstagswahlen seit 1877, vor allem die von 1884 und 1887, zu belegen ist.⁴⁴

Bismarcks bedenkenloser Strategie, außenpolitische Auseinandersetzungen für den Wahlkampf auszunutzen oder sie sogar zu erfinden, sie jedenfalls zielstrebig zu instrumentalisieren, entsprach die genauso skrupellose Stigmatisierung innenpolitischer Gegner, insbesondere der Katholiken, der Linksliberalen, der Sozialdemokraten und der Polen, die in den Geruch der Zusammenarbeit mit ausländischen Mächten gebracht wurden⁴⁵, um durch diese „negative Integration“ das Bismarck-Lager zur einzig zuverlässigen rechten Wagenburg zu machen, die vor allen Gefahren Schutz bot.⁴⁶ Die Vergiftung der politischen Atmosphäre im Lande, die aus diesem Missbrauch des Nationalismus und der Außenpolitik zu Wahlmanövern resultierte, scherte die Berliner Reichsleitung wenig, solange nur ihre parlamentarischen Hilfstuppen numerischen Gewinn daraus zogen.⁴⁷ Diese „Sammlungspolitik“ begünstigte im autoritären Kaiserreich sichtbar die „monarchische Staatsleitung“, statt zu parlamentarischem Einfluss zu führen.⁴⁸

Auch in Russland geht es jetzt darum, dass die parlamentarischen Hilfstuppen der Moskauer Staatsleitung, in erster Linie die pro-Putin-Partei „Einiges Russland“, Gewinn aus dem Missbrauch des Nationalismus und der Außenpolitik zu Wahlmanövern ziehen. Auch jetzt geht es darum, das Putin-Lager (bzw. das seines Nachfolgers) zur einzig zuverlässigen rechten Wagenburg zu machen, die vor allen Gefahren Schutz bietet. Auch jetzt begünstigt diese Politik im autoritären Putin-Reich die Staatsleitung, führt nicht zu einem Einfluss des Parlaments, d.h. der Duma.⁴⁹ Und ähnlich wie

⁴⁴ Wehler (1988), S. 109.

⁴⁵ In Russland ging Putin ab dem Jahr 2005 (d.h. nach den „farbigen“ Revolutionen in Georgien, der Ukraine und Kirgisien) dazu über, auf die Finanzierung bestimmter in Russland tätiger Nichtregierungsorganisationen durch das Ausland hinzuweisen und sie vor diesem Hintergrund in den Geruch der Steuerung durch ausländische Mächte, der Verfolgung ausländischer, nicht russischer Interessen zu bringen. Vgl. McFaul (2007).

⁴⁶ Wehler (1995), S. 992.

⁴⁷ Wehler (1988), S. 109. Die bismarcktreuen Parteien verfügten 1881 nur über 31,5 Prozent der Reichstagsitze. Diese Zahl stieg 1887 auf knapp 59 Prozent. Vgl. Bendikat (1988), S. 26 und 324. In ähnlicher Weise stieg in Russland die Zahl der kremltreuen Abgeordneten von 1995 bis 2003 von ca. 200 über ca. 250 (ab Januar 2000 zum ersten Mal nichtkommunistische Duma-Mehrheit) nach den Wahlen vom Dezember 2003 auf ca. 350 (von 450 Abgeordnetensitzen) an. Bei den bevorstehenden Wahlen dürfte sich dieser Anteil noch einmal erhöhen.

⁴⁸ Wehler (1988), S. 103.

⁴⁹ Im Prinzip dürfte für Putin das gelten, was der Freisinnige Friedrich Kapp bitter spottend über Bismarck sagte: „Für Bismarck gibt es überhaupt nur eine Regierungsform: das ist er allein“. Vgl. Wehler (1988), S. 64.

der deutsche Historiker Hans-Ulrich Wehler könnte ein zukünftiger liberaler russischer Historiker über die politische Entwicklung Russlands am Anfang des 21. Jahrhunderts schreiben: „1999/2000 war es die Tschetschenen in die Schuhe geschobene Zerstörung dreier Wohnblocks und ein Krieg gegen die russische Teilrepublik Tschetschenien, 2003/2004 Medienübermacht und die kremlgemachte Partei „Rodina/Heimat“, 2007/2008 das Hochpeitschen des Georgien- und Estlandhasses, die Stilisierung einer (überwachten) Unabhängigkeit des Kosovo zu einer Bedrohung der Sicherheit Russlands, ja der Weltordnung, sowie das Aufbauschen der US-Raketenabwehrpläne, vor allem aber der neuen US-Stützpunkte in Rumänien und Bulgarien, zu einer unmittelbaren Bedrohung der Sicherheit Russlands, d.h. eine fabrizierte Rüstungspsychose, die den putintreuen Parteien, Putin selbst und seinem Nachfolger zum Sieg verhalfen.“

Innen- und außenpolitische Feindbilder waren in den Wahlkämpfen der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts konstitutive Elemente der Massenagitation – vor allem im Deutschen Kaiserreich. Außenpolitische Feindbilder eröffneten dabei größere Chancen zur Mobilisierung und Manipulation, da mit fehlendem Realitätsbezug die Gefahr der Beeinflussbarkeit wuchs. Die Desinformation auf außenpolitischem Gebiet förderte die Tendenz zu stereotypen Denkweisen und Übervereinfachungen, die sich zu Nationalcharakteren oder zu Weltbildern verfestigen konnten. Somit waren über außenpolitische Feindbilder leichter Polarisierungen zu erzielen.⁵⁰ Dies trifft auch auf den Wahlkampf in Russland in diesen Monaten zu.

6. Was der Westen zu erwarten hat

Eine Interpretation der Außenpolitik Russlands in diesem Jahr als (die neue) Großmacht- oder gar Weltpolitik vernachlässigt die innerstaatlichen Machtinteressen, Ziele und Strategien der Putin-Führung. Sie berücksichtigt nicht, in welchem hohem Maße die Außenpolitik zur Erreichung innenpolitischer Ziele eingesetzt, d.h. instrumentalisiert, werden kann. Sie missversteht das eigentliche Spiel – nämlich zwischen der Putin-Führung und dem russischen Wahlvolk – als Auseinandersetzung zwischen Russland und dem Westen. Tatsächlich aber dürfte es sich bei der russischen Außenpolitik in diesem Jahr zu einem nicht geringen Teil um ein Wahlmanöver von europäischem, ja vielleicht globalem Ausmaß handeln. Die russische Führung bauscht seit einiger Zeit Differenzen und Konflikte, hier vor allem im Verhältnis zu den USA, rhetorisch stark auf – nicht weil sie Weltpolitik betreiben oder gar mit dem Westen nicht mehr zusammenarbeiten will (so die Interpretation des amerikanischen Russlandexperten Michael McFaul), sondern weil ein sol-

⁵⁰ Bendikat (1988), S. 428.

ches Vorgehen der Machterhaltung im Innern dient, ja dafür notwendig ist.⁵¹

Es ist der frühzeitige Beginn dieser Wahlkampagne, es sind die Themen, mit denen Putin Wahlkampf macht und es ist die Vergangenheit Russlands als Supermacht, was viele westliche Beobachter dazu bringt, die Erklärungen, Ankündigungen und Entscheidungen der Putin-Führung als die neue Außenpolitik Russlands, nicht als eine primär auf das innere Publikum zielende Strategie, d.h. innenpolitisch motiviert, zu erkennen. Einer Verkenning der gegenwärtigen „Außen“-Politik als langfristig unkooperative Macht- oder gar Weltpolitik wird des Weiteren dadurch Vorschub geleistet, dass Russlands Position in den letzten Jahren wegen seines Öl- und Gasreichtums tatsächlich stärker wurde. Russlands Macht- und Einflusszuwachs auf der internationalen Bühne schließt aber die Möglichkeit, ja Notwendigkeit einer (befristeten) Instrumentalisierung der Außenpolitik für innenpolitische Zwecke nicht aus.

Putins Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007 ist als der Auftakt dieser Strategie der Instrumentalisierung außenpolitischer Themen für das Ziel des Machterhalts im Innern aufzufassen. Diese Rede war der erste Akt, d.h. sie stellte die Exposition (Darstellung der Ausgangssituation) in dem (anti-amerikanischen) Drama dar, das die Putin-Führung in diesem Jahr aufführt. Spannungssteigernde, erregende Momente in diesem Schauspiel waren bisher die Rede im April vor der Föderalversammlung, des Weiteren die Entscheidung vom 13. Juli 2007, sich in 150 Tagen, d.h. ab ca. Mitte Dezember, nicht mehr an den KSE-Vertrag zu halten. Die Peripetie, d.h. der Höhepunkt des Putinschen Dramas, dürfte dementsprechend von (spätestens) Dezember 2007 bis Februar 2008 dauern. Und die Auflösung des (internationalen, tatsächlich aber auch latent nationalen, innerstaatlichen) Konflikts soll nicht wie bei einer Tragödie in einer Katastrophe, sondern am 2. Dezember 2007 und am 2. März 2008 durch die Wahl der politischen Figuren geschehen, die der Putin-Führung genehm sind und die Russland vor den behaupteten äußeren Gefahren zu schützen und zu retten vermögen. In diesem Sinne wird dieses Wahlkampf-Drama voraussichtlich über ein Jahr lang, vom Februar 2007 bis März 2008 dauern.

Die Putin-Führung muss bei ihrer Strategie eine Gratwanderung vollführen: Einerseits verfolgt sie das Ziel, durch Erklärungen, Ankündigungen und tatsächliche Handlungen beim russischen Publikum glaubhaft den Eindruck

⁵¹ Die Strategie der Putin-Führung ist hier, wie auch schon die Verweise auf die Bismarck-Zeit deutlich machen, nicht singulär. Nach 1945 war für nicht wenige US-Wahlkämpfe die Überzeichnung der Bedrohung durch die Sowjetunion charakteristisch. Einige Wissenschaftler gehen soweit, in diesem innenpolitischen Mechanismus einen wichtigen Faktor für die Eskalation der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zum Kalten Krieg zu sehen. Vgl. Hagan (1995), S. 130f.

einer Bedrohung und einer Gefährdung der Sicherheit Russlands hervorzu- rufen. Andererseits darf sie aber in ihrer Politik gegenüber dem Westen, vor allem gegenüber den USA, auch nicht zu weit gehen und die aufgebauchten Konflikte und inszenierten (Schein-)Krisen nicht zu einer dauerhaften Beeinträchtigung des Verhältnisses oder gar einem (begrenzten) gewaltsamen Konflikt eskalieren lassen. Diese widersprüchlichen Anforderungen kommen darin zum Ausdruck, dass Putin in diesem Jahr einerseits von einer Bedrohung spricht, ja die Möglichkeit eines militärischen Konflikts andeutet (mehr oder weniger explizit mit den USA), und entsprechende Maßnahmen wie den zeitweisen Ausstieg aus dem KSE-Vertrag ankündigt – dies mit Ziel- richtung heimisches Publikum –, in seinen Erklärungen und Ankündigungen andererseits die westlichen Staaten nicht selten als Russlands „Partner“ be- zeichnet – dies an die westlichen Regierungen gewandt. Damit signalisiert Putin weitere Kooperationsbereitschaft und versucht, negative Reaktionen westlicher Staaten auf seine primär antiamerikanische Mobilisierungsstrate- gie abzuwenden. Wie auch Bismarck 1886/1887 verbindet Putin in seinen Reden und Entscheidungen damit verschiedene Ziele: den innenpolitisch *beunruhigenden* und den außenpolitisch (auch) *beruhigenden* Effekt.⁵²

Trotzdem wird die russische Führung ihre Erklärungen, Ankündigungen und Handlungen in den nächsten Wochen und Monaten in erster Linie am russischen Massenpublikum ausrichten. Denn ihre Behauptung einer Gefährdung der Sicherheit Russlands muss vom russischen Wahlvolk geglaubt, zumindest für möglich gehalten werden. Die Putin-Führung ist daher augenblicklich nicht an einem Ausgleich mit den westlichen Staaten, nicht an vertrauensbildenden Maßnahmen interessiert. Schließlich soll das Wahlvolk in Misstrauen, ja Angst gegenüber der Außenwelt gehalten werden.⁵³ Putin braucht in diesen Monaten außenpolitische bzw. internationale (Schein-) Konflikte und -Krisen, um das russische Wahlvolk dazu zu bringen, für ein erneutes „Taschenparlament“ und für seinen Wunschnachfolger zu stimmen, um „das russische Regime des Wahlabsolutismus“ und die russische „Wahl- monarchie“ aufrechtzuerhalten.⁵⁴ Putin, der (halb)autoritäre Mann Europas, wird in den nächsten Wochen und Monaten seine (scheinbar) konfrontative Politik, vor allem gegenüber den USA, verschärfen. Es wird vielleicht gar der Eindruck vorherrschen, dass eine Art Kalter Krieg zurückkehrt. Denn bis zu

⁵² Bendikat (1988), S. 333

⁵³ Vgl. den jüngsten EU-Russland-Gipfel, auf dem Putin eine Parallele zwischen den amerikanischen Raketenabwehrplänen und der Kuba-Krise zog: „Eine sol- che Bedrohung wird an unserer Grenze aufgebaut.“ FAZ, 27.10.2007.

⁵⁴ Diese Ausdrücke finden sich bei Liliya Schewtowa. Vgl. ihre hellsichtige Ana- lyse: Das neue Russland. Von Jelzin zu Putin, in: Russland unter neuer Führung. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des neuen Jahrhunderts, hrsg. von Hans-Hermann Höhmann und Hans-Henning Schröder, Münster 2001, S. 33-43, hier: S. 40f., 43.

den Präsidentschaftswahlen Anfang März 2008 soll sich das russische Volk einer Reihe von internationalen Gefahren und Bedrohungen ausgesetzt, ja von Feinden umzingelt sehen. Nur auf diese Weise ist die manipulative Steuerung des politischen Massenmarkts in Russland möglich, wie er von der Putin-Führung angestrebt wird.⁵⁵

Die Hoffnungen, bis zum 10. Dezember 2007 eine Einigung in der Kosovo-Frage zu erzielen, dürften jedenfalls auf Sand gebaut sein. Vielmehr dürfte der Kreml um den 10./12. Dezember herum (und danach) eine internationale (Schein-)Krise vom Zaun brechen. Das russische (Massen-)Publikum muss schließlich beeindruckt, ja in Angst und Schrecken versetzt werden, auf dass es den Nachfolgekandidaten annimmt, den Putin ihm vorschlagen wird. Es wird noch einiges außenpolitisches Geschirr zerschlagen werden, bis der neue Mann im Kreml sein Amt angetreten haben wird und der alte einen nicht geringen Teil der Macht behält.

Die hiesige Analyse dürfte richtig sein, wenn der Kreml in den kommenden Wochen und Monaten einen zunehmend autistischen Eindruck vermittelt und mit ihm nicht mehr zu reden ist. Das stimmt insofern, als die Putin-Führung in diesem Jahr und Anfang nächsten Jahres in erster Linie mit dem russischen Massenpublikum „redet“, auf es einredet, es unter Druck setzt – über das Herbeireden und Beschwören einer internationalen Bedrohungslage. Wohin sie das im Hinblick auf ihr Verhalten nach außen genau führt, ist noch nicht klar. Sollte es zu Konfrontationen kommen, so wären diese nicht Ausdruck einer neuen weitreichenden russischen Außenpolitik, eines Strebens nach Weltmacht, sondern in erster Linie zeitlich begrenzte Manöver der Putin-Führung mit dem Ziel, innenpolitische Wirkungen zu erzielen.

In diesem Sinne ist die gegenwärtige russische „Außen“-Politik nicht allzu rational. Sie dient nicht der Bewahrung und Steigerung der Sicherheit, der Wohlfahrt und des Ansehens Russlands, sondern ist eine Funktion der Machterhaltungsinteressen der politischen Führung. Außenpolitische Themen dienen in erster Linie als Manövriermasse, als Vehikel im innerrussischen Spiel des gesteuerten Machttransfers – oder wahrscheinlich genauer: Machterhalts. Allem Anschein nach wird die herrschende Elite in Russland ihr Spiel gewinnen, wie schon 1999/2000. Der Westen hat in diesem Spiel augenblicklich nur eine Statistenrolle inne. Er muss sich überlegen, wie er sich gegenüber dem russischen Spiel verhält, wissend, welches Spiel hier eigentlich gespielt wird.

⁵⁵ Eine offensive Friedenspolitik des Westens, hier insbesondere der USA wäre vielleicht das Schlimmste, was dem Putin-Regime gegenwärtig widerfahren könnte. Zu nennen wäre hier ein Verzicht der USA auf ihre Pläne, ein Raketenabwehrsystem in Tschechien und Polen zu stationieren oder ein Eingehen des Westens auf die russische Position in der Kosovo-Frage. Der Putin-Führung würden damit ihr Feindbild und wichtige mobilisierende Themen abhanden kommen. Ein Entgegenkommen der USA in den genannten Fragen ist aber unwahrscheinlich.

Es stehen also turbulente Wochen und Monate bevor. Für den Westen, hier nicht zuletzt die EU, heißt es Nerven behalten. Denn folgendes Szenario scheint nicht ganz ausgeschlossen zu sein: Wenn Russland wie zu erwarten in der Kosovo-Frage (und der Frage des KSE-Vertrages) hart bleiben und vor allem die amerikanische Position zunehmend als „Bedrohung für die Sicherheit Russlands und die Weltordnung“ (so der russische Außenminister Lawrow Anfang September) hinstellen wird, kann es über der Kosovo-Frage zu einem Konflikt innerhalb des Westens, darunter auch der EU kommen. Die USA (und etliche andere Staaten der EU) würden in einem solchen Fall leicht als Land darzustellen sein, das mutwillig das zentrale internationale Rechtsprinzip der territorialen Integrität verletzt, d.h. leichtfertig die internationale Sicherheit und Stabilität aufs Spiel setzt. Dies wiederum würde beim russischen Wahlvolk die Glaubwürdigkeit des Vorwurfs der Putin-Führung, dass die USA eine unilaterale Politik verfolgen, der internationalen Gemeinschaft ihre Vorstellungen diktieren wollen und verantwortungslos handeln, erhöhen.

Kurzum: Die politische Führung Russlands könnte am Ende dieses Jahres nicht nur aus innenpolitischen Gründen versuchen, die mögliche Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo durch die USA und andere Staaten als stabilitätsgefährdend, ja als Bedrohung der Sicherheit hinzustellen, sondern auch versuchen, mittels der Kosovo-Frage einen Keil in den Westen zu treiben – und zwar um den Einfluss der USA in Europa zurückzudrängen.⁵⁶

Ohnehin dürfte Putin versuchen, eine Demonstration nationaler Einmütigkeit und Geschlossenheit in Gestalt einer sehr hohen Stimmenzahl bei den Dumawahlen auf außenpolitischer Ebene, d.h. im politisch-diplomatischen Interessenkampf mit den USA, aber auch der EU, in die Waagschale zu werfen. In diesem Sinne versucht die Putin-Führung zwei Ziele gleichzeitig zu erreichen: Durch das Hochspielen außenpolitischer Fragen strebt sie nach Machterhaltung im Innern und über die dadurch bedingte Festigung ihrer Position erhöhen sich gleichzeitig ihre Chancen, russische Interessen gegenüber westlichen Staaten durchzusetzen.

In der Presse ist mittlerweile von möglichen Tauschgeschäften zwischen den USA und Russland in strategisch bedeutsamen Fragen – dem iranischen Atomprogramm, den Raketenabwehrplänen der USA sowie dem Status des Kosovo – die Rede. Die Berichte deuten darauf hin, dass die USA es nicht ausschließen, gegen Konzessionen Russlands in der Iranfrage stärker auf die Position Russlands in der Kosovo-Frage einzugehen.⁵⁷ Der Konfliktbedarf der Putin-Führung in der nächsten Zeit dürfte aber vorerst gegen solche

⁵⁶ Von einem solchen Muster russischer Außenpolitik spricht Katz, Mark N. (2005): *Exploiting Rivalries for Prestige and Profit*, in: *Problems of Post-Communism*, May/June 2005, S. 25-36.

⁵⁷ FAZ, 22.10.2007, S. 8

Kompromisse sprechen. Erst wenn die Operation Machterhalt erfolgreich über die Bühne gegangen ist, wird man mit der russischen Führung wieder vernünftig reden können, d.h. wird sie zu einem Geben und Nehmen bereit sein.

7. Wahrscheinliche Auswirkungen der Strategie der Putin-Führung

In der „Außen“-Politik der Putin-Führung in diesem Jahr kommt nicht Russlands „Wille zur Weltmacht“⁵⁸, sondern der unbedingte Wille der Putin-Führung zum Erhalt der Macht im Innern zum Ausdruck. Dafür nimmt sie sogar eine zeitweise starke Trübung des Verhältnisses zum Westen in Kauf. Während westliche Politiker (und auch einige Journalisten) den scharfen Tonfall, das Beschwören diverser Bedrohungen, ja die Andeutungen einer Kriegsgefahr, wie es sie in den letzten Monaten gab, durchaus als innenpolitisch motiviert, als Wahlmanöver durchschauen dürften, da sie die innerstaatlichen Machtinteressen ihres Gegenübers kennen (ohne dass sie dieses Wissen explizit aussprechen – eine Thematisierung dieser Hintergründe käme einer Störung von Putins Innenpolitik gleich), scheint Teilen der Wissenschaft, aber auch der Öffentlichkeit, ein solches Verständnis zu fehlen. Es geht der Putin-Führung gegenwärtig nicht in erster Linie darum, den Westen, sondern die eigene Bevölkerung, die 103 Millionen russischen Wähler und Wählerinnen, unter Druck zu setzen und zu beunruhigen. Die Putin-Führung führt vor dem heimischen Publikum ein internationales Drama auf, um es dazu zu bewegen, sich politisch so zu verhalten, wie es den Interessen dieser Führung entspricht bzw. um sich politisch so verhalten zu können, wie es ihren Interessen entspricht.

Liegen die Dinge damit außenpolitisch nicht so schlecht, wie sie vor allem von westlichen Russlandforschern und in der westlichen Öffentlichkeit diskutiert werden? Einerseits spricht einiges dafür: Man kann aus Putins gegenwärtiger „Außen“-Politik, seinen markigen Erklärungen und Entscheidungen nicht schließen, dass Russland in Zukunft nicht mehr zu Kooperation mit dem Westen bereit sein wird. Andererseits gilt aber auch: Indem das herrschende Regime in Russland zumindest alle vier oder acht Jahre systematisch und zynisch einen Krieg im Innern, Fremdenfeindlichkeit, außenpolitische Panikmache und (Schein-)Krisen auf der internationalen Ebene, kurzum: das Schüren von Ressentiments und Ängsten als Mittel zur Mobilisierung und Integration der Bevölkerung, zur Ablenkung von anderen Themen und letztlich zum Erhalt der eigenen Macht einsetzt, schafft es eine schwierige Hypothek für die politische Kultur und die Außenbeziehungen Russlands.

Zum einen führt das Schüren von Fremdenfeindlichkeit und Ressentiments zu einer Vergiftung des inneren Klimas, einem Anwachsen des Nati-

⁵⁸ So der Titel des Aufsatzes von Lilija Schewtzowa (vgl. Fussnote 4).

onalismus und der Unduldsamkeit gegenüber Minderheiten.⁵⁹ Zum anderen und vor allem dürfte die Instrumentalisierung der Außenpolitik zu einer Beeinträchtigung der zwischenstaatlichen Beziehungen, zu Fehleinschätzungen und einem Anstieg des Misstrauens führen. Zwar traut sich Putin wahrscheinlich zu, seine rhetorischen Angriffe vor allem auf die US-Außenpolitik nach den Präsidentschaftswahlen abzuschwächen. Trotzdem dürfte die stark innenpolitisch motivierte Strategie der Putin-Führung ähnliche Auswirkungen auf die zukünftigen amerikanisch-russischen Beziehungen haben, wie sie Bendikat für das französisch-deutsche Verhältnis nach 1887 beschreibt:

„Der Wahlkampf von 1887 hatte dauerhafte Auswirkungen auf das deutsch-französische Verhältnis und für Frankreich. Er führte nicht zu einer verständnisvolleren Wahrnehmung des deutschen außenpolitischen Kurses in Frankreich. Die Tatsache, dass Bismarck und die gouvernementalen Parteien sich Frankreich als Objekt zur Konsolidierung ihrer innenpolitischen Machtstellung ausgesucht hatten, stellte auch ein innenpolitisches Problem für Frankreich dar, wie die Aktivitäten revancheorientierter Minderheiten verdeutlichten. Bismarcks innenpolitische Motive wurden von der französischen Öffentlichkeit nicht verstanden. Die Agitation der „Kartellparteien“ ... belebte ... (in Frankreich) die Germanophobie.“⁶⁰

Vieles deutet inzwischen schon darauf hin, dass auch die US-Öffentlichkeit die innenpolitischen Motive der „Außen“-Politik der Putin-Führung in diesem Jahr nicht versteht. So konstatiert der US-Politikwissenschaftler Michael McFaul, dass die USA in Russland gegenwärtig als Feindbild dargestellt werden:

„... In dem Maße, wie Russland sich hin zur Autokratie bewegt hat, ... stellen Putin und seine Regierung die USA zunehmend als Russlands Hauptfeind dar. Würden Amerikaner das staatlich kontrollierte russische Fernsehen schauen, wären sie schockiert zu erfahren, dass die USA Russland mit militärischen Basen umgeben, proamerikanische Revolutionen in Nachbarländern Russlands schüren und russische nationale Ressourcen an sich reißen.“⁶¹

Michael McFaul interpretiert diese Medienpolitik aber nicht als befristete, vor allem rhetorische Strategie mit innenpolitischer Stoßrichtung, sondern als Ausdruck einer „neuen umfassenden Strategie (*grand strategy*)“ Russlands, die „anti-amerikanisch, antiwestlich, unkooperativ und konfrontativ“ sei. Die Tatsache, dass sogar ein führender, auch in der russischen Innenpolitik bewandertes amerikanischer Russlandexperte wie Michael McFaul⁶² die

⁵⁹ Dies wird im Hinblick auf Russland schon thematisiert. Vgl. Margolina, Sonja (2007): In der Falle des Fremdenhasses. Aggressiv ausländerfeindlich: Russlands neuer Nationalismus gefährdet seine Zukunft, in: Internationale Politik, Nr. 1/2007, S. 106-115.

⁶⁰ Bendikat (1988), S. 353.

⁶¹ McFaul (2007).

⁶² Vgl. McFaul, Michael (1997/98): A Precarious Peace. Domestic Politics in the

innenpolitischen Motive dieser Politik völlig verkennt, lässt die Auswirkungen der Strategie der Putin-Führung schon deutlich werden: die Verstärkung des Misstrauens der US-Öffentlichkeit gegenüber dem außenpolitischen Kurs Russlands, ja eine tiefergehende Störung der Beziehung zu Russland.⁶³ Genauso wie Putin außenpolitische Fragen für innenpolitische Zwecke instrumentalisiert, werden auch die US-Präsidentschaftskandidaten die russische „Außen“-Politik dieses Jahres zur Mobilisierung amerikanischer Wähler instrumentalisieren – mit entsprechenden Auswirkungen auf die Einstellungen der US-Öffentlichkeit gegenüber Russland und auf die amerikanisch-russischen Beziehungen.

Wahrscheinlich ist aber nicht nur eine Verstärkung des Misstrauens der amerikanischen Öffentlichkeit und von Teilen der Eliten gegenüber Russland, sondern auch eine Verstärkung des Misstrauens der russischen Bevölkerung gegenüber den USA. Auch hier ist wieder das Beispiel des reichsdeutschen Wahlkampfes zur Jahreswende 1886/87 instruktiv. Zwar heißt es über die Zeit nach den Reichstagswahlen vom Februar 1887 lakonisch, dass „die im Wahlkampf wie ein Menetekel an die Wand gemalte Kriegsgefahr“ mit dem Wahlausgang „offensichtlich abgebaut“ war.⁶⁴ Auf der Seite davor wird aber festgestellt: „Die mit Hochdruck geschürte Kriegsangst und die Feindpolemik konnten nach Wahlkampfe nicht einfach aus der Welt geschafft werden; sie wirkten im Bewusstsein der Wählerschaft fort.“⁶⁵ Auch in Russland dürfte die jetzige antiamerikanische Agitation und Propaganda im Bewusstsein der Bevölkerung und bestimmter politisierter Gruppen fortwirken. Es könnte daher für die russische Führung in Zukunft schwierig sein, von den starren Positionen in einigen außenpolitischen Fragen, die sie jetzt aus innenpolitischen Gründen einnimmt, abzugehen. Denn eine Politik der Kooperation und des Kompromisses könnte bei der breiten Bevölkerung Irritationen auslösen und von extremen und lautstarken Minderheiten als Nachgeben gegenüber einer Macht gebrandmarkt werden, die laut der eigenen Führung nach einer unipolaren Welt strebt, auf Gewalt setzt, Russland mit Stützpunkten einkreisen will, ja mit der ein militärischer Konflikt nicht ausgeschlossen werden kann. Es ist daher mehr als wahrscheinlich, dass die Putin-Führung die Geister, die sie vor allem in diesem Jahr gerufen hat, nicht mehr ganz los wird. Auch

Making of Russian Foreign Policy, in: *International Security*, Vol. 22, No. 3, S. 5-35.

⁶³ Vgl. hierzu: Goldman, Marshall I. (2007): *Russia and the West: Mutually Assured Distrust*, in: *Current History*, Vol. 106, October 2007, S. 314-320. Vgl. für die deutsche Diskussion ähnlich auch Josef Joffe, dem zufolge Russland – anders als China – auf die internationalen Regeln „pfeift“. Vgl. *Die Zeit*, 2007, Nr. 36 (30.08). Man könnte hier natürlich fragen, ob dies in den letzten Jahren nicht in erster Linie die USA getan haben.

⁶⁴ Bendikat (1988), S. 328.

⁶⁵ Ebd., S. 327.

hier ist die Geschichte des Deutschen Kaiserreichs, vor allem die spätere, Wilhelminische Phase lehrreich: „... Der enge Kreis außenpolitischer Entscheidungsträger, der unter Bismarck noch weitgehend autonom hatte agieren können, wurde ... über die Jahre zunehmend zum Gefangenen seiner eigenen weltpolitischen Rhetorik“.⁶⁶

Putins Instrumentalisierung der Außenpolitik für die Machterhaltung der herrschenden Elite dürfte damit dauerhafte Auswirkungen auf die amerikanische *und* russische Innenpolitik und in der Folge auch auf die amerikanisch-russischen Beziehungen haben. Wie sehr sie sich auf die Beziehungen zwischen der EU und Russland (bzw. den Einzelstaaten und Russland) in Zukunft auswirkt, wird sich zeigen – es wird auch von den Ereignissen der nächsten Wochen und Monate abhängen.

Es wird die Aufgabe der EU, des Europarats, der OSZE, von Journalisten und Politikerinnen sein, darauf hinzuweisen, dass die russischen Wahlen stark auf der Manipulation außenpolitischer Themen beruhten, dass der Westen nicht bereit ist, alle vier oder acht Jahre einen Krieg im Innern, manipulative Kampagnen, eine Verschlechterung der Beziehungen, ja internationale (Schein-)Krisen in Kauf zu nehmen. An die russische Seite wird nach den Wahlen, ja eventuell schon davor, die Frage zu richten sein: Warum gibt es in Russland keine Wahlen wie in der Türkei, der Ukraine, Indien oder Indonesien, bei denen zwei oder mehr große und starke Lager gegeneinander antreten und die Wähler und Wählerinnen dann eine halbwegs demokratische Entscheidung treffen? Warum fanden zwei der drei letzten Wahlen (nämlich 1999/2000 und 2007/2008) unter außergewöhnlichen Umständen statt? Warum war jedes Mal von einer Bedrohung Russlands – 1999/2000 durch den tschetschenischen Terrorismus, 2007/2008 durch die noch gar nicht realisierten Raketenabwehrpläne der USA, durch militärische Stützpunkte der USA an den Grenzen zu Russland und durch die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo – die Rede?

Ein zentraler Grund für die Instrumentalisierung der Außenpolitik durch die Putin-Führung scheint die Zusammensetzung und der Charakter des gegenwärtigen russischen Herrschaftssystems zu sein: die Systemerhaltung bzw. „demokratische“ Bestätigung der Herrschaft *dieses* Regimes scheint in hohem Maße auf eine Irrationalisierung des politischen Diskurses, das Beschwören einer extrem übertriebenen Bedrohungslage, die Herbeiführung von (Schein-)Krisen, ja vielleicht sogar die bewusste Eskalation internationaler Spannungen angewiesen zu sein. Mit diesen Strategien verfolgt die Putin-Führung das Ziel, einen öffentlichen und halbwegs rationalen Wahl-

⁶⁶ Hellmann, Gunter/Wolf, Reinhard/Schmidt, Siegmund (2007): Deutsche Außenpolitik in historischer und systematischer Perspektive, in: Handbuch zur deutschen Außenpolitik, hrsg. von denselben, Wiesbaden, S. 15-46, hier: S. 26.

kampf und wirklichen politischen Wettbewerb erst gar nicht aufkommen zu lassen.

„Naschi“ („Die Unsrigen“), die Jugendorganisation des Kreml ist eine Schöpfung, ein Kind, das Gesicht des Putin-Regimes. „Naschi“ erinnert an die (radikal)nationalistischen Agitationsverbände des Kaiserreichs, die in den neunziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts ihren Aufstieg erlebten. Aber die politisch-kulturellen Voraussetzungen hierfür wurden schon früher, unter Bismarck, durch dessen Politik der negativen Integration im Innern und der Instrumentalisierung der Außenpolitik geschaffen. Nicht ohne Grund stellte Ludwig Bamberger, einer der bedeutendsten Liberalen des Kaiserreichs, schon am Ende der Bismarckzeit tief besorgt fest, dass „ein Geschlecht herangewachsen“ sei, „dem der Patriotismus unter dem Zeichen des Hasses erscheint, Hass gegen alles, was sich nicht blind unterwirft, daheim oder draußen.“⁶⁷ Dies trifft in ihrer Unduldsamkeit auch auf die Jugendorganisation des Kreml zu. Und die Geschichte zeigt, dass manipulativ „von oben“ geförderte Bewegungen der Kontrolle politischer Entscheidungsträger entgleiten können.

Die Politik der Putin-Führung ist weder im mittel- und langfristigen Interesse Deutschlands noch Russlands. Der Kreml schafft keine Regeln und Institutionen, die dem Land in einer Krise Halt oder eine Struktur geben können. Was für das deutsche Kaiserreich galt, gilt auch für das Russland der Gegenwart und Zukunft: „Ohne die Liberalisierung und Demokratisierung von Staat und Gesellschaft konnte aber, wie die Erfahrung der westlichen Gesellschaften lehrt, jene politische Problemlösungskapazität nicht aufgebaut werden, die in Krisenlagen eine entscheidende Bedeutung gewinnt.“⁶⁸

⁶⁷ Wehler (1988), S.108

⁶⁸ Wehler (1995), S.988

Welt Trends

Nummer 51 | Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien



Geheime Dienste

Geheimdienste in Demokratien
Kontrolle der Nachrichtendienste
Die Dienste im Nahost-Konflikt
Wandel der Dienste – UK und Polen
EU-Geheimdienstkooperation
Das MIS im Prager Frühling
Geheimdienste und ABC-Waffen

Forum: BND
Zwischen Effizienz und Demokratie
—
Der Euro geht nach Osten
Hobbes und die Weltpolitik

WeltTrends Bestellungen
per Internet, Fax (0331-977 46 96)
per E-Mail: bestellung@welttrends.de
www.welttrends.de



Welt Trends

Nummer 50 | Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien



Kerniges Europa

Erweiterung ohne Vertiefung
Polen und Kerneuropa
Sicherheitsstrategien im Vergleich
Die Union neu ausrichten

Forum:
EU-Diplomatie im Jahre 2020

Streitplatz:
Deutsche Ostpolitik

—
SWP – Think Tank für Außenpolitik
Deutsche in polnischer Sicht
Minderheitenpolitik in Europa
Human Security – Ein Sicherheitskonzept
Iran – Die unaufhaltsame Bombe

WeltTrends erscheint vierteljährlich.
Bestellungen per Post, Fax (0331-977 46 96) oder
per E-Mail unter: bestellung@welttrends.de
Mehr Informationen erhalten Sie im Internet unter:
www.welttrends.de



Welt Trends

Nummer 52

Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien



Deutsche Ostpolitik

**Kühler Kopf statt Megaphon
Pipelines des Imperialismus?
Neue Akzente statt Neubeginn
Weimar europäisieren
Instabilität in der Stabilität
Ein neues Zwischeneuropa?
Neue Ostpolitik konkret!**

**Forum:
Rot-Grüne Außenpolitik**

bestellung@welttrends.de
www.welttrends.de



Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien

Die politische Bibliothek für zu Hause.

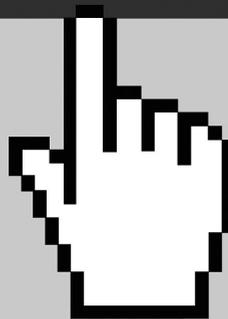


Informieren Sie sich über die große Auswahl gut sortierter Themenhefte zur internationalen Politik und umfangreiche Länderstudien.!

www.welttrends.de

WeltTrends bietet seinen Lesern seit über zehn Jahren immer wieder überraschende Erkenntnisse und interessante Einblicke in die Welt der internationalen Politik. Profitieren Sie aus dieser umfangreichen Dokumentation und testen Sie WeltTrends!

- 1. WeltTrends Hefte:** Die unabhängige Zeitschrift für internationale Politik – geschrieben von freien Autoren für freie Denker. Kontroverser kann man nicht diskutieren.
- 2. Potsdamer Textbücher:** Internationale Themen und Länderstudien, die jedes Wissenskonto vermehren. Fundierter kann man sich nicht informieren.
- 3. WeltTrends Lehrtexte:** Die kostengünstige Publikationsreihe für Studenten, die gern ihren Horizont erweitern. Anregender kann man sich nicht fürs Seminar vorbereiten.



5 statt 9,50
EURO
Bei Bestellung
der neuesten
AUSGABE
im Internet

Aktuelle Themen: Kerniges Europa

Militär in Lateinamerika

Internet Macht Politik

Europäische Arbeitspolitik

Globale Finanzmärkte

Welt
Trends
Zeitschrift für
internationale Politik und
vergleichende Studien

- Sie** möchten *Forschungsarbeiten* veröffentlichen?
Sie möchten in *aktuelle Debatten* Streitbar eingreifen?
Sie möchten „klassische“ Texte für die *Lehre* einsetzen?

... und dies schnell, preiswert
und für ein breites Publikum?

Wir bieten Ihnen dafür ...



- 1 | Noch zu retten? Plädoyer für die EU-Verfassung
- 2 | Deutsche EU-Ratspräsidentschaft Ende der Verfassungskrise?
- 3 | Ansprüche? Eigentumsfrage Deutschland – Polen
- 4 | Europäischer Einigungsprozess
- 5 | Deutsche Auslandseinsätze – Streitplatz um Militärmacht

Bestellungen:

bestellung@welttrends.de oder

ubpub@uni-potsdam.de

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen WT-Papieres interessiert sind, wenden Sie sich bitte an Frau Azadeh Zamirad (Tel. 0331 -9774540 oder welttrends@web.de).

www.welttrends.de

WeltTrends – Das außenpolitische Journal

Bestellformular

Ja, ich bestelle

- ein **Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
(4 Hefte + Register) zum Preis von 40 € inkl. Porto.
- ein **Studenten-Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
(4 Hefte + Register) zum Preis von 25 € inkl. Porto.
- ein **Institutionen-Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
(4 Hefte + Register) zum Preis von 80 € inkl. Porto.
- Die Abonnements sind jederzeit kündbar.
- ein **kostenloses Probeheft** der Zeitschrift *WeltTrends*.
- WeltTrends** Nr. _____
zum Preis von je 9,50 € (Nr. 1-41 nur 7,50 €) zzgl. Porto.

Gewünschte Zahlungsweise (Bitte ankreuzen)

- Rechnung
- Bankeinzug

Konto-Nr.: _____

Bankleitzahl: _____

Geldinstitut: _____

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

E-Mail-Adresse _____

Datum und Unterschrift _____

WeltTrends, Universitätsverlag Potsdam, Am Neuen Palais 10,
D-14469 Potsdam, Fax +49 (0)331 977-4625 oder -4696

Bisher erschienene Themenhefte

- | | | | |
|----|-------------------------------------|---------------------------------|-----------------------------------|
| 57 | Ressource Wasser | 28 | Deutsche Eliten und Außenpolitik |
| 56 | Militärmacht Deutschland? | 27 | 10 Jahre Transformation in Polen |
| 55 | G8 Alternativ | 26 | (Ab-)Rüstung 2000 |
| 54 | Identität Europa | 25 | Dezentralisierung und Entwicklung |
| 53 | Rotes China Global | 24 | Wohlfahrtsstaaten im Vergleich |
| 52 | Deutsche Ostpolitik | 23 | Kooperation im Ostseeraum |
| 51 | Geheime Dienste | 22 | Die Ostgrenze der EU |
| 50 | Kerniges Europa | 21 | Neue deutsche Außenpolitik? |
| 49 | Militär in Lateinamerika | 20 | Demokratie in China? |
| 48 | Internet Macht Politik | 19 | Deutsche und Tschechen |
| 47 | Europäische Arbeitspolitik | 18 | Technokratie |
| 46 | Globale Finanzmärkte | 17 | Die Stadt als Raum und Akteur |
| 45 | Von Dynastien und Demokratien | 16 | Naher Osten - Region im Wandel? |
| 44 | Modernisierung und Islam | 15 | Identitäten in Europa |
| 43 | Großmächtiges Deutschland | 14 | Afrika - Jenseits des Staates |
| 42 | Europäische Außenpolitik | 13 | Deutschland und Polen |
| 41 | Transatlantische Perspektiven II | 12 | Globaler Kulturkampf? |
| 40 | Transatlantische Perspektiven | 11 | Europa der Regionen |
| 39 | Wohlfahrt und Demokratie | 10 | NATO-Osterweiterung |
| 38 | Politisierung von Ethnizität | Sonderheft Russland und die GUS | |
| 37 | Vergelten, vergeben oder vergessen? | 9 | Gewalt und Politik |
| 36 | Gender und IB | 8 | Reform der UNO |
| 35 | Krieg im 21. Jahrhundert | 7 | Integration im Pazifik |
| 34 | EU-Osterweiterung im Endspurt? | 6 | Zerfall von Imperien |
| 33 | Entwicklungspolitik | 5 | Migration |
| 32 | Balkan - Pulverfaß oder ... ? | 4 | Geopolitik |
| 31 | Recht in der Transformation | 3 | Realer Post-Sozialismus |
| 30 | Fundamentalismus | 2 | Chaos Europa |
| 29 | Die autoritäre Herausforderung | 1 | Neue Weltordnung |
-

Bestellungen

bestellung@welttrends.de oder mit nebenstehendem Bestellformular

ISBN 978-3-940793-05-8

ISSN 1864-0656



Universitätsverlag Potsdam

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

Wissenschaftliche Literatur
in elektronischer, gedruckter
und multimedialer Form

Bestellen Sie online oder
per e-mail: ubpub@uni-potsdam.de
per Telefon: +49 (0)331 977-4517
per Fax: +49 (0)331 977-4625